



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 12.03.2020**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:01 Uhr bis 19:42 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Alexander Raue	Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 17:57 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 18:40 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Jacobi Dörte	Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Vertreterin für Herrn Sondermann
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:48 Uhr
Torsten Hahnel	Sachkundiger Einwohner
Franziska Meusel	Sachkundige Einwohnerin
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Heinz-Jürgen Seilkopf	Sachkundiger Einwohner
Steffen Krutz	Sachkundiger Einwohner
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Lutz Müller	Leiter Abteilung Stadtordnung
Daniel Zwick	Leiter DLZ Klimaschutz
Kerstin Ruhl-Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Sarah Lange	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Busse zum Markt**

Herr Busse fragte, warum er als Markthändler nicht mit als erstes zu den Planungen einer Markthalle befragt wurde.

Herr Paulsen antwortete, dass es sich um eine Gestaltungsidee handelt, die im Rahmen einer Stadtratsbeteiligung erst noch besprochen wird. Er sagte, dass seiner Kenntnis nach einzelne Markthändler dazu befragt wurden.

Herr Busse regte an, solche Vorgänge über das Marktamt anzusprechen.

Herr Paulsen wies darauf hin, dass die Markthalle als zusätzliches Angebot gedacht ist und keinen Ersatz für den Wochenmarkt darstellen soll.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Raue wies auf folgenden Änderungen und Ergänzungen hin:

TOP 4.1

Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00405

- Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor
- Behandlung unter TOP 4.1.2

- Hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI vor
- Behandlung unter TOP 4.1.3

- Hierzu liegt ein weiterer Änderungsantrag der Stadträtin Dörte Jacobi und dem Stadtrat Hans-Dieter Sondermann (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) vor
- Behandlung unter TOP 4.1.4

Herr Aldag fragte, wie mit der Mitteilung zum Grünflächenpflegekonzept unter TOP 7.2. weiter verfahren wird.

Herr Paulsen antwortete, dass das Konzept vorliegt und im Ratsinformationssystem eingestellt ist. Der Stadtrat erhält die Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Dr. Thomas fragte, ob eine Berichterstattung zum Corona-Virus erfolgt.

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der CDU Fraktion zur Erschließung von Badestellen an Flussufern
Vorlage: VII/2019/00450
 - 5.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Reduzierung von Wahlplakaten
Vorlage: VII/2020/00775
 - 5.3. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Aufhebung des Baubeschlusses Fluthilfemaßnahme Peißnitz Nordspitze
Vorlage: VII/2020/00795
 - 5.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten Landschaftsschutzgebiet "Seebener Berge und Feldflur"
Vorlage: VII/2020/00793
 - 5.5. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Auflösung des „Reil78“
Vorlage: VII/2020/00800
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Baumfällliste
 - 7.2. Grünflächenpflegekonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2020/01096 → **vertagt**
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 13.02.2020

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 7.3 Aktueller Stand in Halle (Saale) zum Corona-Virus

Herr Dr. Thomas fragte, welche gesundheitlichen Maßnahmen zum Schutz von älteren Menschen getroffen werden. Des Weiteren fragte er, inwieweit die Einsatzfähigkeit der Rettungsdienste, die durch die Maßnahmen zur Kinderbetreuung betroffen sind, sichergestellt ist und wie mit den Museen verfahren wird.

Herr Müller antwortete, dass die städtischen Museen geschlossen werden und bezüglich der Landesmuseen die Stadt in Kontakt mit dem Land steht. Er sagte, dass zur Sicherstellung der Einsatzfähigkeit von Rettungsdienste die notwendigen Maßnahmen eingeleitet sind und ihm keine Anfragen oder Probleme vorliegen. Zur Beantwortung von gesundheitlichen Fragen verwies er auf den Gesundheitsausschuss.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2019/00405

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)" VII/2019/00405**
Vorlage: VII/2020/00874

zu 4.1.2 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)" VII/2019/00405**
Vorlage: VII/2020/01069

zu 4.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage „Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)“ (VII/2019/00405)**
Vorlage: VII/2020/01103

zu 4.1.4 **Änderungsantrag der Stadträtinnen Dörte Jacobi und Hans-Dieter Sondermann (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage „Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)“ (VII/2019/00405)**
Vorlage: VII/2020/01106

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Raue

Auf Antrag der Fraktion Die Linke beschäftigen wir uns heute nochmal mit dem kommunalen Klimaschutzkonzept und vielleicht will Frau Krischok noch kurz einbringen? Ihre Erinnerung.

Frau Krischok

Ja. Wir hatten ja, nach weiß ich nicht wie vielen Diskussionen innerhalb unserer Fraktion, festgestellt, dass da doch auch wir gerne noch Ergänzung haben möchten. Ich würde jetzt nicht jede einzelne Ergänzung vorlesen, weil ich hoffe, dass es so eindeutig formuliert, wo wir was rein haben wollen, welche Inhalte und was wir haben.

Aber was mir wichtig wäre, das was unter mündliche Anfrage steht. Wenn wir da jetzt, bevor wir dann mit, also Klimaschutz weitermachen, weil die Frage hat sich dabei ergeben, dass die, das muss ich ja jetzt vorlesen, sonst wird sie ja nicht beantwortet, dass das beantwortet wird, bevor wir dann vielleicht noch weiter beraten.

Und zwar die Frage: Welche konkreten Ergebnisse hat vor allem das Modellprojekt Neustadt fürs Klima für die Stadt Halle (Saale) gebracht und welche Empfehlung aus dem oben genannten Projekt konnten umgesetzt werden? Weil an der Stelle hatten wir als Fraktion dann doch überlegt, wie bringe wir noch was rein oder nicht, weil wir dazu wenig Ahnung von hatten. Ansonsten haben wir zu den Maßnahmen, die ja teilweise schon, ich sage mal, sehr gute, sehr eindeutig formuliert sind und trotzdem haben wir noch eine Menge gefunden. Und wahrscheinlich geht es allen anderen auch so. Je mehr man, je öfter man darüber debattiert, umso mehr findet man noch Konkretes.

Und was ich nur sagen will, wo wir Maßnahme 25 stoffliche Verwertung von CO₂, dass wir...

Herr Raue

Frau Krischok. Lassen Sie sich kurz unterbrechen. Mir war ja jetzt nur wichtig, dass Sie jetzt nochmal klar machen, warum Sie das hier heute nochmal beraten wollen. Sie haben ja auch Antrag gestellt...

Frau Krischok

Ja:

Herr Raue

In der Reihenfolge 4.1.2 würde ich natürlich als erstes jetzt den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen.

Frau Krischok

Dann sag ich das nachher nochmal.

Herr Raue

Genau.

Frau Krischok

Alles gut.

Herr Raue

In jedem Fall Ihre Frage nicht vergessen. Die müssen Sie dann stellen. Die habe ich jetzt noch nicht gehört. Okay, gut, in Ordnung. Dann rufe ich auf Punkt 4.1.2 und bevor der...

Herr Aldag

Ja, ich würde gleich zu unserem Änderungsantrag kommen. Würde aber die Gelegenheit nutzen wollen, unserer neuen sachkundigen Einwohnerin Frau Wolf das Wort zu geben. Sie wird kurz einführen, nochmal grundsätzlich was zum Klimaschutzkonzept sagen und dann darauf folgend fußt dann unser Änderungsantrag, wenn das Okay ist?

Herr Raue

Ja, bitte Frau Wolf.

Frau Wolf

Also, ich bin heute das erste Mal hier, Wolf ist mein Name. Ich wohne seit ungefähr 30 Jahren in Halle und bin beschäftigt in der Oberen Immissionsschutzbehörde hier in der Stadt, beim Landesverwaltungsamt. Seit 5 Jahren ungefähr, vorher ganz lange im Landschaftsbau. Über 15 Jahre als Landschaftsplanerin und bin gespannt, wie ich mich hier einbringen kann.

Zum Klimaschutzkonzept möchte ich gar nicht so viel sagen. Da lässt sich natürlich über vieles trefflich streiten. Allerdings braucht man dazu auch grundlegende Daten, über die man streiten könnte. Und das fehlt mir so ein bisschen in diesem Konzept. Das wollte ich gerne ansprechen hier, das also in diesem analytischen Teil mir so ein bisschen die Transparenz fehlt. Der Daten, die dort eingegangen sind.

Dann, was sofort auffällt in diesem Konzept, ist dies Grafik, wo also erkennbar ist, pro Einwohner haben wir also CO₂ Ausstoß von 4,6 CO₂ äquivalenten Tonnen. Und das finde ich so ein bisschen schwierig, das in Vergleich zusetzen mit dem bundesweiten pro Kopf-Ausstoß und dem im Land. Solange ich keine Daten habe, die ich prüfen kann, worauf diese Analyse oder dieses Ergebnis fußt. Das ist also auch was, was zum Beispiel von Scientists for Future kritisiert wird, dass also diese Transparenz da einfach fehlt.

Da geht es zum Beispiel um diese Verkehrsdaten, die dort eingegangen sind, die auf ein UBA-Verkehrsmodell beruhen, was für mich gar nicht auffindbar ist und die Energiedaten, die dort eingegangen sind, also für den Stromverbrauch. Dort wurde der Bundesstrommix zugrunde gelegt. Auch da würde ich mir einfach wünschen, dass dort die Hintergrunddaten, die dort in das Modell eingeflossen sind auch erkennbar sind und dass man also prüfen kann, worauf dieser, dieses Ergebnis dieser 4,6 t fußt. Ja, das ist eigentlich, ich möchte jetzt gar nicht über jede einzelne Maßnahme da sprechen, aber das ist was, was sofort ins Auge fällt und wo ich mir wünschen würde das einfach mehr Transparenz hergestellt werden würde.

Herr Raue

Okay, vielen Dank.

Herr Aldag, möchten Sie noch etwas zu Ihrem Antrag sagen?

Herr Aldag

Genau. Jetzt können wir zum Antrag kommen.

Wie gesagt, dass war jetzt ein bisschen die Einleitung dazu. Wir haben viel diskutiert hier im Ausschuss über unsere Fragen und und und..., dir wir ja letztendlich auch beantwortet bekommen haben und daraus folgend haben wir uns überlegt, wie gehen wir jetzt mit dem Klimaschutzkonzept um.

Wir alle wissen: das ist ein Konzept, das wir eben auch brauchen. Da jetzt zu viel rum-zuwursteln, hat aus unserer Sicht jetzt auch keinen Sinn gemacht. Jetzt wirklich in jede einzelne Maßnahme reinzugehen und nochmal was reinformulieren zu wollen. Weil so ein Konzept ist halt auch ein Konzept, das in sich auch geschlossen ist und auch irgendwo in sich schlüssig sein muss. Deswegen haben wir uns sehr genau überlegt, wie wir da reingehen.

Und wir haben verschiedene Punkte aufgelistet, die erstmal gar nicht so gravierend sind, ob das jetzt, dass wir eben diesen ersten Satz verändern - das ist alles erstmal gar nicht so relevant, das sind redaktionelle Änderungen oder den Zeitraum neu festlegen, wann wieder Bericht erstattet werden muss.

Das Weitreichendste ist vielleicht, dass wir einfach gerne möchten, dass wir die Stadtverwaltung beauftragen, dass die in der Fortschreibung vorgeschlagenen Maßnahmen in den verschiedenen Handlungsfeldern einfach mit ganz konkreten Zielstellungen und ganz messbaren Indikatoren festgelegt werden. Das fehlt uns einfach in diesem Konzept, wo wir ganz genau nachlesen können: die und die Maßnahme; das ist das Ziel und das wollen wir bis dahin erreichen.

Das fehlt uns. Und wir wollen einfach jetzt mit unserem Änderungsantrag der Stadtverwaltung die Möglichkeit geben - auch, glaube ich, in einem angemessenen Zeitraum (November 2020) - die Möglichkeit geben, das eben noch mal nachzuarbeiten. Da können wir auch gerne zusammenarbeiten und gemeinsam Ziele und Maßnahmen festlegen, auch vielleicht eine Priorisierung noch mal vornehmen. Und dann dieses ganze Klimakonzept einfach noch mal stärker zu konkretisieren und mit ganz ganz konkreten Zielvorstellungen zu versetzen. Das ist unserer Meinung nach notwendig. Wir würden damit auch jetzt das ganze Klimaschutzkonzept nicht blockieren, wenn man so verfahren würde. Hätten aber auch für die Stadtverwaltung ein, ich glaube, sehr offenes Verfahren gefunden, eben in den einzelnen Handlungsfeldern Nachbesserungen vorzunehmen. Und das ist eigentlich, sage ich mal, der... die Kernänderungen an unserem Änderungsantrag und bitten daher um Zustimmung.

Wir haben uns auch mit den anderen Änderungsanträgen beschäftigt, mit dem Änderungsantrag der Fraktion MitBürger/Die PARTEI, den wir sehr sinnvoll finden, gerade in Punkt Eins. Da steht statt Klimaprojekt „mit in das Klimaschutzkonzept einzubeziehen“. Das, glaube ich, ist ein ganz ganz wichtiger Punkt. Die Daten liegen mittlerweile vor. Das könnte man durchaus tun. Und auch das im November 2020 mit vorzulegen, ist, finde ich, ein guter Punkt. Und auch die anderen Punkte finde ich klasse.

Zum Antrag der LINKEN: Da haben wir lang drüber diskutiert. Die Maßnahmen sind sicherlich alle O.K. und da gibt es auch nichts dran auszusetzen. Aber ich habe es anfangs schon erwähnt: Ich glaube nicht, dass es im Moment grad sinnvoll macht, jetzt so mit diesen einzelnen kleinen Fizeledingern in dieses Konzept noch einmal reinzugehen, sondern eher der Verwaltung nochmal die Chance zu geben, eben bis zum Herbst noch mal im großen Zuge jetzt Veränderungen vorzuführen, konkrete Zielstellungen zu formulieren, konkrete messbare Indikatoren. Deswegen würden wir den Antrag nicht mittragen und hoffen, dass unser Antrag doch so weit gefasst ist, dass man da gemeinsam zu einer Lösung mit der Stadtverwaltung kommt.

Herr Raue

Vielen Dank, Herr Aldag.

Dann würde ich Frau Krischok noch mal bitten zu ihrem Antrag, Änderungsantrag paar Worte zu sagen oder Fragen zu stellen.

Frau Krischok

Ich habe ja vorhin schon einen Teil davon gesagt. Wie haste eben gesagt? Fizeledinger?! Den Begriff muss ich mir merken. Wir haben trotzdem beim Durcharbeiten, also sowohl natürlich vom Allgemeinen, also dass man da noch nacharbeiten muss. Wir sind trotzdem alle Maßnahmen durchgegangen und sind letztendlich als Fraktion mehrheitlich dazu gekommen das so zu formulieren, muss ich jetzt mal dazu sagen. Und ich habe vorhin ja am Anfang schon was gesagt, aber war dann dabei diese, also Maßnahme 25, sage ich jetzt noch mal, als neue Maßnahme da mitaufzunehmen, während die anderen Dinge ja Ergänzungspunkte sind. Ich lasse den Antrag jetzt einfach so bestehen. Aber egal wie der jetzt ausgeht, sage ich mal, dass das... auf alle Fälle hat ja die Verwaltung den bestimmt gelesen und wenn sie dran arbeitet, egal wie auch immer, dass sie an Dinge mitdenkt. Ja, das wäre jetzt vielleicht meins. Ansonsten lese ich das jetzt nicht vor. Aber es wäre eben wirklich wunderbar, wenn wir die Fragen, die zwei, die ich vorhin, die mündlich, die wir ja gestellt hatten, schriftlich

mündlich gestellt hatten, wenn wir die noch beantwortet bekommen bevor wir zur Abstimmung kommen, wäre ich dankbar dafür. Danke.

Herr Raue

Gut, die Chance wäre jetzt die Fragen zu beantworten.

Herr Paulsen

Bevor Herr Zwick insgesamt auf die vorliegenden Änderungswünsche und Vorschläge eingeht, würde ich gern noch mal kurz bitten, dass Sie einfach der Form nach, weil wir ja in einer öffentlichen Sitzung sind, dass Sie die Fragen auch tatsächlich stellen.

Frau Krischok

Weil ich wusste, dass Sie das sagen, habe ich sie extra vorgelesen...

Herr Paulsen

Das ging irgendwie an uns vorbei. Herr Raue, hatten Sie...

Herr Raue

Könnten, ja, kurz und präzise, Frau Krischok.

Frau Krischok

Dann lese ich genau das, was ich vorhin vorgelesen habe, nochmal vor. ... Sofort ... weil so genau weiß ich den Wortlaut auch nicht aus dem Kopf. Das steht unter 8.2 drin für alle, die mitlesen wollen. Und ich sage noch mal zu dem, also den Vortext sage ich jetzt nicht nochmal, aber wir fragen die Verwaltung: Welche Konkreten Ergebnisse hat vor allem das Modellprojekt „Neustadt fürs Klima“ für die Stadt Halle (Saale) gebracht? Und zweitens, welche Empfehlung aus dem oben genannten Projekt konnten umgesetzt werden?

Herr Raue

Herr Zwick, bitte.

Herr Zwick

Ja, von mir auch herzlich guten Abend an die Damen und Herren. Um die Frage zu beantworten, Frau Krischok: Das Modellprojekt lief ja von Juli 2012 bis Juni 2015. Ergebnisse waren, dass hauptsächlich die Altersgruppe der 18 bis 30-Jährigen in die Statistik der Neubürger hineinfiel. Das ist auch nicht unbedingt verwunderlich, da wir ja eine Studentenstadt sind, dass es gerade diese Altersgruppe ist, die vornehmlich hier als Neubürger ankommt. Insgesamt wurden in dem Projekt 8270 Begrüßungsmappen an Neu-Hallenser ausgegeben über den Bürgerservice, da gibt's so 'ne Begrüßungsmappe und dort waren Informationen des Projektes mit dabei. Hinzu kamen 6000 Mietermappen an Neu-Hallenser, die über die Wohnungswirtschaft ausgegeben wurden. Dann hatten wir insgesamt 428 Neu-Bürger-Kurzberatungen durch einen Infostand im Ratshof und durch verschiedene Veranstaltungsformate wie Umwelttag usw. Insgesamt wurden über den Studierendenrat 2000 neue Studierenden an Infoständen und bei studentischen Aktionen beraten. Es gab 12 Aktionsformate wie Radtouren oder Stadtrundgänge, an denen insgesamt 126 Teilnehmer erreicht wurden. Des Weiteren hat die Stadt 2000 Rad- und Wanderwege-Stadtpläne mit als Willkommensgeschenk an Neu-Bürger vergeben. Die enthalten auch zusätzlich verschiedene Infos zu den Angeboten des Umweltverbundes bzw. Themen wie Car-Sharing usw.

Ja, aus welcher Empfehlung... oder was haben wir aus dem Projekt mitgenommen, der zweite Teil Ihrer Frage: Mit Auslaufen des Projektes fielen dann auch bei der Verbraucherzentrale die entsprechenden Beratungs- und Aktionsangebote weg und auch die Stellen, die damit verbunden waren, d.h. an das Projekt waren auch geförderte Stellen entsprechend mit gebunden. Wir als Stadt haben uns aber dazu entschieden, das Beratungsangebot der Energieberatung sozusagen mitzutragen, auch finanziell, und stellen seitdem regelmäßigen

Kontingent bereit, wo wir finanziell diese Energieberatung nicht nur für Neu-Bürger sondern für alle Bürger in der Stadt und Bürgerinnen entsprechend realisieren können. Dieses Angebot bewerben wir regelmäßig über die Medien, also in regelmäßigen Abständen parallel auch mit der Verbraucherzentrale, sodass das Angebot vor allen Dingen auch zu Beginn der Heizperiode und an speziellen Knack-punkten noch mal in den Fokus rückt. Das ist eigentlich so der Kern des Projektes, was wir dann tatsächlich auch bis heute weiter betreiben.

Herr Raue

Okay, vielen Dank Herr Zwick. Frau Jacobi bitte.

Frau Jacobi

Ich habe eine Rückfrage an Frau Krischok. Also in dem aktuellen Beschlussvorlage zu Ihrem Änderungsantrag ist der Punkt 25 gestrichen und Sie haben jetzt aber gerade oder die Maßnahme 25...

Frau Krischok

Wir wussten nicht, welche Nummer wir geben sollen, haben dann einfach gesagt, weil der gestrichen ist, der Satz... es soll an die Stelle irgendwohin, wenn ich das jetzt richtig im Visier hab, nee unter C. Jetzt muss ich selber gucken. Ach, verdammt. Also, weil wir nicht wussten, welche Nummer wir nehmen sollen, haben wir einfach gesagt: neue Maßnahme und... nach dem Motto dann...

Frau Jacobi

Welche ist, also das ist die zum, die stoffliche Verwertung von CO2?

Frau Krischok

Äh, ja, aber muss erstmal wieder öffnen, das sieht der ja immer nicht, dass man parallel was öffnet sofort weil ich weiß, mit der ersten Version hatten wir es irgendwie an einer anderen Stelle nicht, dass ich jetzt etwas Falsches sage und, ach, welche Stelle ist es denn nun, irgendwo steht neue Maßnahme durchgestrichen, durchgestrichen, jetzt muss ich selber gucken. Seite... Hilfe! Haben wir das so oft geändert? Ich gebe das ja ehrlich zu. Kommunale Einrichtung... Meine lieben Männer, helft mir doch mal, wo steht denn das?

Herr Raue

Also, Sie könnten es ja auch bilateral klären.

Frau Kischok

Ich suche noch mal genau, weil ich weiß nicht...

Herr Raue

Genau, wenn das jetzt zu lange dauert, Frau Krischok, dann verzögert es ja auch das Inkrafttreten.

Frau Kischok

Ja, ja, ich guck noch mal. Sie haben ja so Recht.

Herr Raue

Okay, dann haben wir... liegt uns ein Änderungsantrag der Fraktion MitBürger/Die PARTEI vor und auch zudem könnte gesprochen werden, Frau Jacobi, das ist noch nicht Ihrer, noch nicht Ihr persönlicher, aber zudem können Sie dann auch etwas sagen.

Frau Jacobi

Ja, gleich im Anschluss, oder was? Ah, toll. Ja, also wir, also danke, dass die Grünen unseren Antrag befürworteten. Wir finden auch Euren Antrag sehr gut. Und zusammen wird, denke ich, das Klimakonzept auch eine tolle Qualität vorweisen können. Also, wir möchten im ersten Punkt gerne, dass dieses Stadt-Klimaprojekt, die Ergebnisse davon einfließen - was Herr Aldag schon gesagt hat. Dann im zweiten Punkt haben wir halt ein paar Maßnahmen noch zusätzlich vorgeschlagen, weil im Vergleich mit vergleichbaren, großen Kommunen die 47 Einzelmaßnahmen doch etwas dünn ausfallen, wenn man zum Beispiel sieht, dass Potsdam 200 Maßnahmen hat, oder Karlsruhe 130. Die einzelnen Maßnahmen sind dem Änderungsantrag zu entnehmen. Und als dritten Punkt möchten wir auch gerne, dass die Bürgerbeteiligung auch in dieser Fortschreibung noch mal mit einbezogen wird. Und da gibt es lobenswerte Beispiele, wie man da vorgehen kann, zum Beispiel: Karlsruhe hat halt einmal eine Eingangsveranstaltung, 'ne öffentliche Veranstaltung gemacht, wo das vorgestellt wurde und danach gab's die Möglichkeit, sich noch online, wie es ja schon bei der ersten Version des Konzeptes war, das kann man ja einfach wiederbeleben.

Ja, dann hätte ich noch eine Frage zum Konzept: Ob es möglich wäre, Herr Paulsen, den Namen vielleicht zu ändern? Denn es geht ja nicht nur um Klimaschutzmaßnahmen, sondern auch um Klimaanpassungsmaßnahmen. Und, ob man in dem Zuge, quasi als Untertitel, vielleicht dem Klimaschutzkonzept auch die in... die Klimafolgeanpassungsmaßnahmen mit erwähnt. Ich kann mir gut vorstellen, dass wenn Sie jetzt bei der Suche nach Fördermitteln - wie das ja in dem Grünenantrag auch vorgeschlagen wird - dass Sie... es gibt ja vielleicht nun auch Fördertöpfe, die speziell auf Klimaanpassungsmaßnahmen zielen und dass das dann vielleicht hilfreich ist, wenn das im Namen quasi auch vorkommt, damit man sich mit diesem Konzept dann auch bewerben kann. Da vielleicht eine Einschätzung zu. Wenn Sie sagen, das ist gut, dann hätte ich hier einen weiteren Änderungsantrag dazu vorbereitet, aber gerne erst mal Ihre Einschätzung dazu.

Herr Paulsen

Wir können es gerne nochmal mitnehmen und prüfen. Aus der ersten Einschätzung würde ich sagen, das ist nicht wirklich hilfreich. Also abgesehen davon, dass das Klimaschutzkonzept ein etablierter Begriff ist und auch das Klimaschutzkonzept ja in der Vorgängerversion so schon einführt ist, werden mögliche Fördermittelanträge nicht über das Klimaschutzkonzept gestellt, sondern über die einzelne Maßnahme. Es ist ja ein Konzept, wo Maßnahmen formuliert werden. Wir gehen mit den Maßnahmen in die Fördermittelanträge rein. Insofern ist es relativ egal, was vorne drauf steht. Entscheidend ist, was wir formulieren an Projektinhalten. Insofern würde ich sagen, ich glaub, das hilft jetzt nicht wirklich.

Herr Raue

Okay, Frau Jacobi, dann können Sie jetzt zu Ihrem, also wenn Sie noch ergänzen wollen, gerne, sonst zu ihrem eigenen Antrag.

Frau Jacobi

Ja, dann zu dem weiteren Antrag, also zu dem zweiten Antrag von mir und Herrn Sondermann: ist als Maßnahme, einzeln, die Aufnahme einer SK Maut mitaufzunehmen, um quasi auch den Saalkreis mit an den finanziellen Kosten zu beteiligen, weil es ja doch so ist, dass der Saalkreis enorm von der Infrastruktur der Stadt Halle profitiert. Wenn jetzt der Begriff „Maut“ schwierig ist, weil wir auch gesehen haben, dass das vielleicht rechtlich nicht funktioniert, weil Herr Scheuer ja auch daran gescheitert ist, kann man es ja auch anders nennen, aber es geht einfach im Grundsatz darum, den Saalkreis eben irgendwie finanziell mit in die Verantwortung zu ziehen.

Herr Raue

Als ich das gelesen habe - ich spreche nur mal ganz kurz für meine Fraktion - als ich Ihren Antrag gelesen habe, habe ich erst gedacht, jetzt kommt, greift Ironie um sich. Ich hatte den gar nicht für ernst jetzt genommen. Aber wenn ich jetzt höre, dass es ein ernst gemeinter Antrag ist, will ich trotzdem meine Position dazu sagen.

Also, ich weiß nicht, ob Ihnen das bekannt ist, abgesehen mal davon, dass wir nicht unsere Saalkreis-Freunde diskriminieren könnten, ja. Aus meiner Sicht wäre es, das ginge nicht aus meiner Sicht. Auch aus rechtlichen Gründen glaube ich nicht, dass es so funktionieren würde. Will ich aber vielleicht mit 'nem Kenntnisdefizit bei Ihnen mal aufräumen und zwar: Die Steuerkraft - die Ihnen bekannt ist - der Stadt Halle, die ist natürlich insgesamt doch pro Bürger geringer als im Saalekreis. Und der Saalekreis und alle Landkreise und kreisfreien Städte, die bekommen natürlich Landeszuweisung. Und den Landeszuweisung wird natürlich auch geschaut, welche Stadt 'n hohen Ertrag hat und welche 'n geringen Ertrag hat. Es findet also im Land auch ein Ausgleich statt. Und die Saalkreisler bekommen entsprechend weniger Umlage vom FAG und die Stadt, die kreisfreien Städte bekommen dafür etwas mehr. Und dann dürfen wir nicht vergessen: viele Saalkreisler schaffen hier natürlich auch Arbeitsplätze, aktiv Arbeitsplätze. Die haben hier Kanzleien, die haben Unternehmern hier. Und ich glaube nicht, dass das der richtige Weg ist. Ich glaube, die sind sogar, die Saalkreisler, die nach Halle hineinpendeln, an der Wertschöpfung ganz maßgeblich beteiligt in Halle. Nicht nur an der Abschöpfung von Kultur, was weiß ich, Genuss oder so, sondern sie sind ganz aktiv am Wirtschaftsleben beteiligt. Und das wäre jetzt nicht das richtige Zeichen. Deswegen hatte ich wirklich ursprünglich gedacht, dass es eben, kommt von Die PARTEI und soll Ironie darstellen.

Ich will ganz kurz noch zur Frau Krischok was sagen. Sie melden sich gerade. Und zwar habe ich ja bei Ihnen gelesen: Holzbauten sollen bevorzugt gefördert werden. Also ich sag mal aus gutem Grund sind wir natürlich in den Städten von Holzbauten abgewichen und zu Ziegelbauten gekommen. Es hat ganz einfach, natürlich Brandschutzgründe und jedes große Holzgebäude, was Sie bauen für öffentliche Verwaltung, das braucht natürlich dann umso höhere, muss also natürlich alle Brandschutzaufgaben ebenfalls erfüllen und das treibt natürlich aus meiner Sicht die Kosten in 'ne Richtung, wo wir sie auch nicht haben wollen, ja. Und da können Sie jetzt auch überlegen: was ist denn jetzt sinnvoll? Die Bäume einzupflanzen und zu schlagen, wenn Sie jetzt Ihren CO2-Gedanken da zugrunde legen; oder sie wachsen zu lassen, ja, um CO2 zu binden... weiß ich jetzt nicht. Grundsätzlich ist Holz 'n wunderbarer Baustoff, aber jetzt zu sagen, wir wollen unsere Städte umbauen in Richtung Holzstädte, da sehe ich ein großes Risiko drin, auch für die Sicherheit. Diesen Weg sollten wir in jedem Fall nicht gehen. Was ich gut finde, ist natürlich Ausweisen von zusätzlichen Park & Ride-Parkplätzen, also das finde ich gut - grundsätzlich - natürlich, um einpendelnden Menschen aus dem Saalekreis, Bürgern aus dem Saalekreis die Möglichkeit zu geben, irgendwo auch den ÖPNV zu nutzen. Aber ich glaube kaum, dass sie das gerne machen, denn die stellen auch nicht unbedingt ihr Auto irgendwo ab und fahren den letzten Kilometer mit der Bahn. Denke, da müssen wir ... aber da haben wir von der AfD eine etwas andere Ansicht, ja, also vom... zum Verkehrskonzept. Also, wir sind jetzt nicht der Auffassung, dass überall das Autofahren eingeschränkt werden sollte, sondern dass eben einfach tatsächlich mehr auch Parkraum zur Verfügung gestellt werden soll. Gut, das soll es von meiner Seite gewesen sein. Frau Krischok, bitte.

Frau Krischok

Drei Dinge habe ich jetzt. Erstens, bei Holzbauten denke ich an diese wunderbare Franziskanerschule in der Murmansker Straße, muss ich zugeben, also die ist ja so schön Energiebewusst. Dann die nächste Sache, also wenn ich auf den Petersberg fahre, möchte ich auch keine Maut bezahlen, deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen. Und zu unserem eigenen Antrag: ... die Seitenzahl hab ich nicht, aber die Maßnahme im Handlungsfeld B Stadtent-

wicklung soll die neue Maßnahme, die wir ursächlich bei D hatten. Wenn Sie mal gucken, das ist alles fett gedruckt. Eine weitere Maßnahme Entwicklung des Stadtwaldes, nachhaltige Forstwirtschaft sowie dauerhafte Kohlenstoffspeicherung. Und da steht bei Zielsetzung: CO2-Reduktion durch Kohlenstoffspeicherung, ja - die Stelle. Ist ein bisschen durch den Fettdruck oder so ist nicht. Das wäre die Antwort darauf. Danke.

Herr Raue

Okay, Frau Jacobi, bitte. Entschuldigung, Frau Jacobi, Frau Thomann war zuvor.

Frau Thomann

Ja, ich wollte eventuell doch nur paar kleine fachliche Sachen dazu sagen. Das Holz ist im Wesentlichen in Städten als Baustoff verschwunden, weil es knapp geworden ist vor einigen Jahrhunderten. Holz ist also heute durchaus auch in der geschlossenen Bebauung möglich, als Beispiel nur: Ein Leimholzträger trägt auch dann noch, wenn er zu zwei Dritteln weggebrannt ist. Während der Stahlträger bei einer Temperatur von über 300 Grad schwächelt, weich wird, absinkt. Wie folgenreich das gewesen ist, hat man beim Einsturz des World Trade Centers gesehen. Da sind die Stahlträger weich geworden und runtergefallen. Also die Variante, Holz lässt sich nicht einsetzen in Städten aus Brandschutzgründen, die trägt heute nicht mehr.

Herr Raue

Vielen Dank, Frau Thomann. Ich will nur kurz darauf antworten. Sie haben da natürlich völlig Recht. Das ist mir schon bewusst. Aber vielleicht, gerade weil Sie Leimholzbinder ansprechen, will ich trotzdem mal antworten für den Fall... da gibt es natürlich auch welche für Außen- und Inneneinsatz und, wenn die für den Inneneinsatz nass werden, verlieren die natürlich auch ihre Tragkraft, insbesondere ihre Klebkraft und geben nach. Das hatten wir, das Problem hatten wir beim Einsturz dieser, dieser, nicht Skihalle, dieser, dieser Eishockeyhalle oder Eislaufhalle. Aber wir wollen nicht abweichen. Genau. Frau Jacobi, bitte.

Frau Jacobi

Ja, danke. Ich wollte nur nochmal sagen, also die Partei Die PARTEI macht keine Ironie, sondern Satire und d.h. mit Provokation auf Problemstellungen aufmerksam zu machen. Und das jetzt habe ich vergessen, was Sie gesagt haben. Ja, es ist einfach richtig, die... achso, genau, weil Sie gesagt haben: Naja, die Saalkreiser, die bringen schon viel an die Wirtschaftskraft hier, aber wenn Sie die ganze Pendelverkehr ist dann Plus-Minus-Null-Rechnung für den Umweltschutz oder sogar für den Umweltschutz tun sie damit nichts, auch wenn sie der Wirtschaft hier vielleicht was zugutetun. Also, deswegen ist es, denke ich, ein Punkt, der nochmal zu überdenken ist und werbe ich dafür, dass man darüber nachdenkt und vielleicht unserem Antrag doch zustimmt.

Herr Raue

Okay Herr Dr. Thomas, danach Herr Scholtyssek.

Herr Dr. Thomas

Ich fürchte den Begriff der Saalkreis-Maut werden wir nicht wieder loswerden. Also das ist für mich nicht zustimmungsfähig, ums Mal ja, ich sage es mal ganz neutral. Was ich ausdrücklich unterstützen möchte, ist das, was der Wolfgang Aldag gesagt hat. Er hat für mich zwei ganz tolle Punkte erwischt. Ja, ich lob dich auch manchmal. Ich finde das mit den Indikatoren gut und würde wirklich auch anregen, da auch wirtschaftliche Indikatoren mit zu berücksichtigen. Nur um mal ein Beispiel zu bringen, das das erklärt: Solar Valley mit der Entwicklung der Fotovoltaik war von der Klimaseite her betrachtet, glaube ich, ein absoluter Gewinn; von der Regionalpolitik und Förderpolitik des Landes würde ich das jetzt nicht als Gewinn bezeichnen, was da passiert ist. Also da entsteht ein Delta. Das sollten wir mit Indikatoren durchaus abdecken, weil auch volkswirtschaftliche Betrachtungen bei Klimaschutz wesentlich eine Rolle spielt.

Das Zweite, was mir wirklich auch am Herzen liegt ist: bei allen städtischen Vorhaben prioritär den Klimaschutz zu berücksichtigen. Das betrifft natürlich auch die Baumaßnahmen, die ganzen Vergaben, die wir hier in unseren Ausschüssen machen. Und da regen wir gemeinsam seit geraumer Zeit an, dass Klimaschutz, dass Regionalität bei Baumaßnahmen ein ganz wesentlicher Faktor ist, der bisher im Vergaberecht völlig ausgeblendet bzw. sogar verboten wird in der Anwendung. Und da würde ich mich freuen, wenn das vielleicht auch ein Weg ist, um unseren regionalen Firmen im Interesse des Klimaschutzes ein bisschen mehr Spielraum zu verschaffen.

Herr Raue

Jetzt gebe ich erstmal Herrn Scholtyssek das Wort und danach spreche ich nochmal.

Herr Scholtyssek

Ja, vielen Dank, ich wollte noch kurz unser Abstimmungsverhalten erläutern.

Wir werden der Verwaltungsvorlage natürlich zustimmen. Das haben wir schon vor zwei Monaten, war es, glaub ich, getan, weil wir sind der Meinung, die Stadt Halle sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten etwas für den Klimaschutz tun und nicht immer über Konzepte und Maßnahmen reden, sondern es auch mal umsetzen. Das so als Grundposition.

Wir werden dem Änderungsantrag der Grünen zustimmen. Das sind gute Änderungen, dass wir das auch mal ein bisschen mit Fakten und Zahlen untersetzen. Die anderen Anträge werden wir dagegen ablehnen. Die LINKEN haben sich ja scheinbar soweit verheddert, dass sie nicht mal ihren Antrag hier adäquat vorstellen können.

Holzhäuser sehen wir auch etwas kritisch, wurde schon genannt. Und wenn Sie Holzhäuser wollen, hätten Sie vielleicht ein bisschen eher kommen müssen, dann hätten wir auf der Holzplatz-Schule auch eine experimentelle Holzschule bauen können. Der Zug ist jetzt abgefahren. ... Ja, es ist einfach nicht möglich für die öffentliche Hand, Holzhäuser zu bauen. Also das geht vielleicht im kleinen Maßstab experimentell für ein Häuslebauer, aber für eine öffentliche Verwaltung aus Brandschutzgründen usw., das wird ziemlich kompliziert. Dann haben wir wieder Mehrkosten, die wir finanziell nicht tragen können.

Den Änderungsantrag der MitBürger werden wir ablehnen, weil wir, wie gesagt, jetzt wollen, dass die Maßnahmen mal vorankommen und die Konzepte nicht immer weiter überarbeitet werden müssen und dann dem Rat noch mal vorgelegt werden. Das ist eine endlose Kette. Das funktioniert nicht. Ja, und zu dem letzten Änderungsantrag: Ich finde den weder provokativ noch witzig. Das Jahr hat nur 8067 Stunden und mir ist eigentlich jede Minute, die wir über so einen Blödsinn reden, zu schade. Insofern, denke ich, können wir langsam zur Abstimmung kommen. Danke.

Herr Raue

Vielen Dank, Herr Scholtyssek.

Ich will nur als letztes noch kurz zum Antrag der Verwaltung sprechen. Es ist für uns jetzt auch eigentlich der einzige, der überhaupt eine Relevanz haben könnte. Ich denke nur, dass grad unter Punkt 6, da steht ja im Prinzip „Klimafolgenanpassung“ und ich denke, wenn, dann müsste man es auch Klimaänderung, weil wir haben ja das Problem mit der Klimaänderung, wenn dann, -folgenanpassung nennen. Das wäre also eigentlich nur ein Wort. Das schließt sich auch so ein bisschen an das an, was Frau Jacobi vorhin schon sagte - das sehe ich tatsächlich genauso.

Und dann denke ich aber eben nicht, dass wir dieses Wort auch in Punkt 6 „Priorisierung“ drin lassen sollten. Also bei städtischen Baumaßnahmen Priorisierung auf den Klimaschutz zu legen, ist erstens nicht zulässig - das ist schon mal völlig richtig -, weil wir befinden uns als öffentlicher Auftraggeber natürlich immer im Rahmen der Landeshaushaltsbesetzung und da ist eben im Paragraph 4 LHO eindeutig auch Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geregelt, im Zweifel Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, d.h. da kommen wir nicht raus, da dürfen wir auch nicht raus, also da will ich auch nicht raus. Denn eins steht immer fest, also wir bauen hier für die Menschen. Wir müssen mit dem Geld, das der Steuerzahler uns natürlich gibt auch sorgfältig und verantwortungsbewusst umgehen. Und es ist einfach aus meiner Sicht bisher meine Beobachtung, dass natürlich diese Anpassung, Anpassungsmaßnahmen auch zu baulichen Verteuerungen führen, die irgendwann unter Umständen auch sinnfrei werden, ja. Das muss man immer berücksichtigen, dass nicht alles, was möglich ist, dann oder auch unter Umweltschutzgedanken und unter Klimafolgenanpassungsgedanken möglich, dass das auch wirtschaftlich und sinnvoll ist, ja.

Wir dürfen nicht vergessen, wir sind eine Stadt, in dieser Stadt sollen Menschen wohnen, die sollen sich das Wohnen auch leisten können, sie sollen hier gerne wohnen - das ist klar -, auch gesund. Aber wir müssen schauen, dass Geld grad unter dem Aspekt Haushaltssituation der Stadt Halle... da können wir den Euro nur einmal ausgeben und den müssen wir auch sinnvoll ausgeben. Also, ich plädiere grundsätzlich dafür, dass wir dieses „prioritär“ hier rausnehmen, weil dieses gesamte Konzept schreibt ja im Prinzip uns schon ins Stammbuch, dass wir das berücksichtigen müssen. Aber wenn wir das hier „prioritär“ reinschreiben, sind wir genau da, wo wir nämlich bei den Vergaben im Vergabeausschuss sagen: Nö, wir, also wir verteuern einfach unsere Bauprojekte. Da müssen wir hinkommen, das müssen wir im Blick haben und deswegen im Punkt 6 steht das „prioritär“ und das ist aus meiner Sicht nicht wirklich notwendig. Ja? Ja, ich weiß, es kann bei den Grünen nicht weit genug gehen, aber die Frage ist eben immer, ich hab's dargestellt, muss nicht noch weiter reden. Ich würde vorschlagen, wenn es die Verwaltung, die wird uns jetzt nochmal beratschlagen. Herr Zwick, bitte.

Herr Zwick

Ja, ist jetzt natürlich ein bisschen schwierig, muss es mal ein bisschen sortieren. Ich würde gerne erst mal kurz zu dem Beitrag von Frau Wolf was sagen, zu der Bilanzierung. Das war ja das erste, was sozusagen kam.

Die Bilanzierungssystematik, die ist im Konzept ganz klar dargestellt. Wenn man diesem Pfad folgt und auch mal auf der Internetseite des Klimaschutzplaners guckt, da gibt's einen riesen Handbuch, wo man nachvollziehen kann, wie die Daten zustande kommen. Das ist unheimlich komplex. Wir können über diese Bilanzierungsmethode sehr gut Aussagen zur Datengüte treffen. Die sind auch getroffen worden. Wir können sehr viele kommunal erfasste Daten in dieses Tool mit einbinden. Das ist ein riesen Vorteil. Die Kommunen in Deutschland haben sich insgesamt auf diese Bilanzierungssystematik verständigt, d.h. damit entstehen auch keine Lücken und es wird so bilanziert, dass das, was da bilanziert wird, auch im Handlungsfeld der Stadt liegt und nicht auf irgendeinem Flughafen in Leipzig oder in einem Kohlekraftwerk in Lippendorf, ja. Und alleine das und auch das Verständnis für die Bilanzierungssystematik ist nachvollziehbar, wirklich. Das kann man bis ins Detail hinein auf den Internetseiten nachvollziehen. Und ich finde, so wie wir es zusammengefasst haben im Konzept, ist es auch verständlich. Und wenn dazu wirklich detaillierte Fragen sind, die vielleicht auch gewisses Fachwissen voraussetzen, dann kann ich nur einladen: Kommen Sie vorbei. Wir gucken uns das gemeinsam an, das Tool von mir aus auch. Ich kann das für Sie öffnen. Wir können reingehen und dann sehen Sie auch, wo welche Daten herkommen, welche Kommunaldaten da sind, was sind Durchschnittsdaten, die wir nicht kommunal verfügbar haben usw. Und die Datengüte steht immer mit beschrieben.

Frau Wolf

Also, Sie sagen, das sind alles natürlich dieses Bilanzierungsmodell, BSKO, ne. Ich hab mich lange damit beschäftigt oder hab es probiert. Ich saß da also wirklich zwei Tage dran und hab versucht das alles zu eruieren, was dort eingegangen ist. Das war tatsächlich schwer. Also es ist nicht alles transparent. Also, wenn Sie sagen, z.B. kommunal erfasste Daten, würde ich gerne noch mal nachfragen, warum nehmen Sie den Bundesstrommix? Warum nehmen Sie keinen tatsächlich Verbrauch in der Stadt oder wie der sich zusammensetzt, wie groß der Anteil erneuerbaren Energien daran war? Das würde mich zuerst interessieren. Und natürlich diese Verkehrsdaten, die Güte, die Sie dort zumindest seit 1900, nee, seit 2005. Haben Sie das noch mal erfasst? Also das ist für mich schwer nachvollziehbar und schon gar nicht dieser kommunale Bezug.

Herr Raue

Herr Zwick, bitte.

Herr Zwick

Also, wir, insofern kommunale Daten vorliegen, fragen wir die ab. Und wenn wir die geliefert bekommen, tragen wir sie in das Tool ein. Ist das nicht der Fall, hinterlegt dem Programm schon die nächsthöhere Ebene. Das sind Landesdurchschnittsdaten oder Bundesdurchschnittsdaten. Das ist ganz normal. Und so qualifiziert sich auch das Programm, d.h. wir sehen schon in der Eingabe: ist das Feld grün, haben wir kommunal-scharfe Daten; ist es gelb, sind es nur Landesdaten; und ist es rot, sind es sogar schlechtere Daten auf Bundesebene. Das ist ein Kompromiss. Den mussten wir eingehen, sonst können wir nicht zurückbilanzieren bis 1990, was ja dann am Ende auch den Zielkorridor ausmacht. Und wir haben auch... haben auch dazwischen auch Jahre, wo uns Daten fehlen. Das ist ganz normal, aber da können wir natürlich nicht 'nen leeren Raum lassen. Damit wir eine saubere Bilanz kriegen, müssen die aufgefüllt werden und dann nimmt man halt die Durchschnittsdaten.

Herr Raue

Frau Wolf.

Frau Wolf

Vielleicht setzen wir uns wirklich nochmal zusammen dazu.

Herr Zwick

Ich lade gern ein.

Herr Raue

Das ist eine gute Idee. Gut, ich würde... ach, Herr Zwick, bitte.

Herr Zwick

So, das war... genau... jetzt das Thema von Frau Wolf. Jetzt gerne zum ersten Änderungsantrag der Grünen. Hier ist es so: Der Stadtrat hat die Verwaltung im Februar 2013 damit beauftragt, das zur Kenntnis genommene integrierte kommunale Klimaschutz nach 5 Jahren fortzuschreiben, was natürlich auch im Jahr 2018 entsprechend erfolgt ist. Fortschreibung heißt, dass die bisherigen Inhalte und Maßnahmen auf den Prüfstand kommen, gegebenenfalls qualifiziert werden und neue Vorschläge diskutiert und gegebenenfalls aufgenommen werden. Und genauso ist die Ausschreibung formuliert wurden. Und genauso ist auch ein breites Beteiligungsformat angeschoben worden, zudem jeder Hallenser und jede Hallenserin eingeladen war und insbesondere auch natürlich die kommunalen gewählten Vertreter. Das vorliegende Konzept ist also folglich ein Ergebnis aus diesem Beteiligungsprozess. Der im Änderungsantrag der Grünen geforderte Detaillierungsgrad kann von Konzepten überhaupt nicht geleistet werden. Konzepte umreißen einen Plan. Und eine Feinplanung, wie die... wie das der Änderungsantrag das vorsieht, mit den spezifischen Detaillierungsgraden,

den kann ein Konzept definitiv nicht leisten. Das wäre ein gänzlich neuer Auftrag bzw. die Bestellung einer neuen Dienstleistung, die wir hätten auch so ausschreiben müssen und dafür sind natürlich in diesem Jahr verwaltungsseitig weder finanziell noch personell oder materiell Ressourcen eingeplant. Also wenn wir das jetzt aufreißen und so eine Feinplanung angehen, dann muss das bewusst sein. Das würde, da es nicht eingeplant ist, würde das bedeuten, wir müssten auch diese Leistung zukaufen, also wir müssten sozusagen neu ausschreiben, sagen, wir brauchen das viel detaillierter und feiner und würden dann an der Stelle gewisse Mittel benötigen. Darüber hinaus stellen die im Konzept enthaltenen Maßnahmen auch überhaupt kein geschlossenes Maßnahmenpaket dar, sondern stehen für aktuelle Entwicklungen immer offen und lassen damit auch alle Chancen zu. Und gerade die Dynamik, mit der sich die Klimathemen in den letzten Jahren entwickelt haben, brauchen... da brauchen Konzepte diese gestalterische Freiheit. Da sollten wir zwingend vermeiden ein zu enges Korsett zu schnüren, was dann im Prinzip die durch Detailplanung zu sehr gebunden ist. Die Ziele der Maßnahmen werden eigentlich kurz und knackig explizit benannt. Sicherlich kann man über die Indikatoren streiten, aber auch da sind wir immer offen, Vorschläge anzunehmen, neue Indikatoren einzufügen. Es ist ja auch ein Monitoringsystem, was wir dann entsprechend im Berichtswesen mit darstellen wollen. Und da kann das Ergebnis oder bzw. die Ergebnismessung kann durch den Messwert sein, die kann durch einen Indikator sein, die kann aber auch durch eine einfache qualitative Aussage gegeben sein.

Es werden im Änderungsantrag auch neue Handlungsfelder gefordert. Da möchte ich kurz drauf eingehen: Neue Handlungsfelder erfordern eine klare Zuordnung zum integrativen kommunalen Ansatz und zur Klimarelevanz generell. Integrierter Ansatz heißt, dass die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung bei geplanten Projekten und Maßnahmen mitbetrachtet werden und nicht losgelöst betrachtet werden. Also kommunaler Ansatz heißt, dass die klimarelevanten Handlungsfelder sowie Maßnahmen und Projekte im direkten Wirkungsfeld der Kommune liegen.

Es gibt das vorgeschlagene Handlungsfeld Abfallwirtschaft und das wurde bereits im Fortschreibungsprozess sehr sehr stark thematisiert und besprochen. Dabei wurde deutlich, dass bereits eine breite vorhandene Rechtslage dazu existiert und am ehesten bei diesem Handlungsfeld ein direkter Bezug zu Umweltbelangen besteht. Beispiele sind Verpackungsmüll, Plastikprodukte, Mehrweg statt Einweg, Umgang mit Lebensmitteln. Und deshalb fand dieses Handlungsfeld kein Niederschlag im fortgeschriebenen Klimaschutzkonzept.

Stadtgrün ist ein zweites Handlungsfeld. Das ist Teil der Stadtentwicklung und wird in verschiedenen Konzepten wie dem Grünflächenpflegekonzept oder auch gegebenenfalls in dem zu entwerfenden Tierschutzkonzept noch mal explizit betrachtet. Es hat aber auch jede Menge Querverweise im Klimaschutzkonzept schon zum Thema Stadtgrün. Hier können wir ebenfalls nicht empfehlen, noch mal ein eigenes Handlungsfeld dazu zu gründen. Wie gesagt, der Konzeptentwurf bezieht sich mehrfach auch auf das Thema Stadtgrün.

Das nächste Handlungsfeld: globale Verantwortung. Globale Verantwortung übernimmt die Stadt Halle, indem sie die Klimaziele, die auf internationalen Klimakonferenzen vereinbart sind, übernimmt. Darüber hinaus ist das kein direktes Handlungsfeld für eine Stadt als Gebietskörperschaft.

Das Thema Klimagerechtigkeit ist überhaupt kein Handlungsfeld, sondern es ist eher ein Messkriterium eines moralischen Wertesystems. Der Begriff wird in der Literatur häufig dafür verwendet, eine Definition moralischer Verantwortung bei der Klimafolgenwirkung der Verursacherstaaten gegenüber den betroffenen Staaten zu ermitteln.

Aus unserer Sicht führt der Änderungsantrag nicht zu einer Qualifizierung oder zielorientierten Entscheidung des Konzeptentwurfes. Und wir machen immer wieder deutlich: der Fortschreibungsprozess, der endet nicht, wenn Sie das Konzept beschlossen haben, sondern

der ist fortwährend und wir nehmen gerne jederzeit Ideen, neue Maßnahmen, Anregungen auf. Und wenn wir die kurzfristig umsetzen können, machen wir das auch; wenn nicht, geben wir sie ein in den nächsten Fortschreibungsdurchlauf und besprechen sie dort mit allen Akteuren, die fachlich oder auch nur interessiert sind, um zu gucken: was können wir daraus machen. Also, das ist ein ständiger Prozess. Da möchte ich gerne noch mal darauf aufmerksam machen. An dieser Stelle, natürlich, würden wir als Verwaltung diesen Änderungsantrag nicht zustimmen oder empfehlen wir, nicht zuzustimmen.

Herr Raue

Okay Herr Aldag bitte.

Herr Aldag

Vielleicht ganz kurz dazu, will es auch gar nicht weiter ausführen. Da haben wir vielleicht andere Auffassungen, was da rein gehört oder auch nicht. Aber Sie haben es ja gerade erwähnt, es ist ein ständiger Prozess, deswegen haben wir es extra so verfasst - November 2020 - das sehen wir als diesen Prozess an, wenn Sie sagen: Sie sind offen, das kann man alles einführen, darüber können wir reden, unter dem verstehen wir das Ganze auch. Deswegen denke ich, kann man da sehr gut zustimmen.

Noch mal zu den konkreten Maßnahmen. Ich meine schon, dass auch. Ich habe ja auch explizit gesagt zu dem Antrag der LINKEN: das ist mir zu kleinteilig. Aber ich hätte natürlich schon gerne, ich glaube sowas muss ein Konzept schon auch erfüllen. Ich habe mal so eine Maßnahme rausgegriffen. Da gibt es ein Ehrenamt Grüner Daumen. Da wird dann als Erfolgsindikator benannt: Anzahl der Baumpatenschaften. Da hätte ich schon gern in dem Konzept, dass da drinsteht, wie viele Baumpatenschaften haben wir denn und wie viele wollen wir denn erreichen, was wollen wir denn erreichen, wie viel wollen wir im Jahr machen und wie will ich das erreichen. Das sind... das ist gar nicht so detailliert, sondern sind ganz einfache kleine, klare Aussagen, die ich mir von dem Konzept schon erwünsche. Und ich meine, dass man das auch erfüllen kann. Und deswegen denke ich, ist unser Änderungsantrag dahingehend berechtigt.

Herr Raue

Herr Paulsen bitte.

Herr Paulsen

Ja, man kann immer die Beispiele nehmen, die da gerade passen. Wenn wir jetzt bei Hitzeaktionsplanung sind, wird, glaube ich, ziemlich deutlich, was Sie wollen. Nämlich, dass wir das Konzept in einem Maßnahme-Finplanung bringen und zum Beispiel zu der Maßnahme Hitzeaktionsplanung jetzt schon formulieren, welche Ziele und welche Wirkung wir erreichen. Das ist genau eben nicht das Ziel dieses Konzeptes gewesen. Das war nicht Arbeitsauftrag weder für die Verwaltung, als beschlossen wurde, dass das bestehende Konzept fortgeschrieben wird, noch war es Arbeitsauftrag für die begleitende Firma, die die Fortschreibung unterstützt hat. Und darum sind all diese Feinjustierungen und Formulierungen von Maßnahme und Zielstellung und Indikatoren etwas, die in der Maßnahmenumsetzung erfolgen. Und Herr Zwick hat es schon gesagt, ich glaube, es war auch ziemlich eindeutig: Es ist nicht schaffbar, bis November 2020 das ganze Konzept zu überarbeiten. Das wird die Verwaltung nicht schaffen. Das können Sie gerne beschließen, aber wir werden es nicht schaffen. Abgesehen davon, dass wir in die Maßnahmenumsetzung gehen müssen und nicht noch mal ein halbes Jahr – ohne die vorhandenen Ressourcen – dieses Konzept anfassen können. Insofern ist der Weg, den Herr Zwick aufgezeigt hat: beschließen Sie das Konzept, lassen Sie uns in die Maßnahmenumsetzungen gehen, beteiligen Sie sich da und lassen Sie uns in den Maßnahmen formulieren, was realistische, erreichbare Zielstellungen sind und was Indikatoren dafür sind. Das ist Maßnahmenumsetzung, das ist nicht Konzept. Und darum können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen und wir können Ihren Antrag auch nicht umsetzen. Es ist nicht möglich.

Herr Raue

Vielen Dank, Herr Paulsen. Wenn ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen... Herr Zwick nochmal, genau, hat sich gemeldet und dann Frau Krischok noch mal.

Herr Zwick

Also ich wollte jetzt nur fragen: wenn es jetzt zu dem Änderungsantrag nichts weiter gibt, dann würde ich gleich über den nächsten weitergehen oder wollen wir sie einzeln?

Herr Raue

Also, ich wollte sie jetzt eigentlich dann in Folge abstimmen, aber Sie können. Ja, dann sagen Sie einfach die Sicht der Stadtverwaltung zu allen Änderungsanträgen. Dann haben wir das hinter uns, dann können wir sie durchstimmen.

Herr Zwick

Also, ich würde dann den nächsten und dann, sodass jeder die Möglichkeit hat, dazu zu sprechen. Das nächste war der Änderungsantrag der Linken, sehe ich das richtig in der Reihenfolge, ja? Hier waren zwei Punkte. Zum einen war... der erste Punkt bezog sich auf den Beschlusstext. Hier nur die Verwaltungssicht: Klimaschutz, Klimaanpassung und Ressourceneffizienz sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Ich glaube, da brauchen wir überhaupt nicht mehr drüber reden. „Für die Umsetzung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt und darüber hinausgehende Projekte und Maßnahmen sind daher nicht nur in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft erstrebenswert sondern mit der gesamten Stadtgesellschaft“... und wenn wir jetzt diese Änderung sozusagen einbauen würden, dann würden wir die Wissenschaft zu sehr in den Vordergrund stellen und das ist für die Umsetzung für diese Maßnahme, also für die Praktikabilität des Konzeptes sehr, sehr schwierig. Wir haben die Wissenschaft mit drin, wir haben die mit am Tisch, aber es ist ein Part in einer gesamtgesellschaftlichen Beteiligungsrunde. Deswegen empfehlen wir hier eher zu sagen, dass das eher nicht in der Form so da reinzubringen.

Ansonsten haben Sie ja auf zahlreiche Maßnahmen noch mal Bezug genommen. Ich würde es nur in aller Kürze ansprechen, wie wir die Dinge sehen. Den Prüfungsrhythmus von 5 Jahren - der ergibt sich ja bereits aus dem Beschluss. Hier würde ich, also des Leitbildes, das wird momentan schon überprüft. Hier würde ich darauf verzichten, das so festzuzurren bis auf einen Monat genau oder auf ein Quartal.

Dann war die Teilnahme am Bundeswettbewerb „klimaaktive Kommune“ im nächsten Jahr. Das passt nicht in die Maßnahme, weil das kein Controllinginstrument ist... eine Teilnahme an dem Wettbewerb. Und zudem ist sie auch kein Projekt bzw. keine Maßnahme mit direkter Klimawirkung. Also man kann da schlecht ein Controlling- oder Prüfmechanismus draus ableiten.

Herr Paulsen

Ich würde gerne kurz ergänzen. Wir prüfen regelmäßig, weil ja ganz viele Wettbewerbe in verschiedenen Bereichen auf dem Markt sind, ob die Stadt sich bewerben kann, ob wir gute Projekte haben, die wir bei solchen Wettbewerben einreichen können. Und wir handhaben es bis jetzt so, dass wir, wenn wir etwas Gutes haben, an einem Wettbewerb teilnehmen und nicht vorher festlegen, dass wir an einem Wettbewerb teilnehmen. Wenn wir etwas Gutes haben, nehmen wir gerne jeden mit, aber so eine Festlegung hier, ohne dass wir wissen, mit was wir an den Start gehen können, ist nicht unbedingt hilfreich, weil wir natürlich uns auch nur bei entsprechenden Ergebnissen in den Projekten an solchen Wettbewerben beteiligen.

Herr Zwick

Dann war die Maßnahme 10, wo die Festlegung sein soll, dass wir bei Neubeuten grundsätzlich Fotovoltaikanlagen aufbauen auf die Dächer bzw. auch zu prüfen wäre, ob das auch an die Fassaden geht. Hier muss man natürlich ganz klar sagen, dass der begrenzte Einsatz der kommunalen Haushaltsmittel, aber auch natürlich solche Dinge wie Wirtschaftlichkeit, Sozialverträglichkeit sowie die Wirkung im Umfeld im Sinne der Klimaanpassung hier völlig außeracht gelassen werden. Hier muss man sich immer das gesamte Quartier anschauen und kann das nicht einfach pauschal in der Maßnahme verorten. Zudem macht ja auch der Gesetzgeber klare Vorgaben zur Energieeffizienz und zum Einsatz Energie... regenerativer Energien bei Neubau und Sanierung von Vorhaben, vor allen Dingen aber auch bei öffentlichen Gebäuden. Und diese Vorgaben sind bei jedem einzelnen Bauvorhaben Pflicht für jeden Bauherrn und durch entsprechende Energieberater nachzuweisen. Also grundsätzlich ist davon Abstand zu nehmen, sich nur auf eine einzige Technologie hier festzulegen. Und das war auch der Konsens in den Fachworkshops, die wir zu diesem Thema hatten.

Als nächstes haben wir diese sogenannte, vorhin angesprochene neue Maßnahme zum Thema Kohlen, dauerhafte Kohlenstoffspeicherung. Hier geht es um das Thema Holzentnahme. Das, also wenn wir diesem Vorschlag so folgen, würde das bedeuten, dass zukünftig nur noch Holz zur Gewinnung von Bauholz oder Verwendung in der Möbelindustrie verbraucht, verkauft werden kann. Es dürfte kein Holz mehr als Brennholz an die kleinen Kunden und auch nicht als Industrieholz in Heizkraftwerke verkauft werden. Weiterhin müsste jeder Kronen-Anteil aus dem Wald geräumt werden. Denn auch bei der natürlichen Verwitterung im Wald von Totholz usw. entsteht oder wird CO₂ freigesetzt. Im Sinne, das wäre natürlich nicht im Sinne von Natura 2000, wonach ein Restanteil von Totholz im Wald zur Humusbildung verbleiben soll. Und natürlich ist es dann an der Stelle für uns auch so nicht zu übernehmen. Übrigens der klimaverträgliche Waldaufbau oder Waldumbau sowie der Umbau des Straßenbaubestandes ist bereits Bestandteil der Maßnahme 11.

Dann hatten wir die Maßnahme 20: private Haushalte. Hier war, hier wollten Sie gern eine Vernetzung zwischen vorbildlichen Küchen, die den entsprechenden nachhaltigen Konsum haben. Hier haben wir folgendes Statement: Das Herausstellen des unternehmerischen bzw. ehrenamtlichen Engagements ist grundsätzlich begrüßenswert. Also, das Handlungsfeld private Haushalte ist jedoch primär an den Konsumenten gerichtet, also an die Einwohnerinnen und Einwohner bzw. Verbraucherinnen und Verbraucher der Stadt, sodass dem Änderungswunsch am ehesten noch im Handlungsfeld Unternehmen platzierbar wäre. Wenn wir dem folgen, dann bringt das aber wenig. Denn eine Vernetzung derer, die bereits bewusst im Themenspektrum aktiv sind, ist in vielen Fällen schon gegeben, d.h. die kennen sich eigentlich schon, die Unternehmen, die da tätig sind und es würde generell wenig Mehrwert für die Stadtgesellschaft bringen. Wichtig ist doch, die zu animieren, die noch nicht tätig sind. Wenn wir die zusammenbringen, die sich schon eigentlich alle tummeln, die sich eigentlich auch alle kennen, dann würden wir an der Stelle eine Chance vertun und aus meiner Sicht vielleicht doch zu viel Energie vertun.

Dann haben wir die Weiterentwicklung des Gebäudemanagements, Maßnahme 29. Hier war ebenfalls der Vorschlag, dass der höchste Stand der Technik bei der Energieeinsparung/Effizienz erreicht werden soll. Hier kann erneut auf das Vorgehen oder auf die Vorgaben der Gesetzgebung und die Nachweispflicht Bezug genommen werden. Allerdings muss man auch hier sagen, die Sanierung von Gebäuden ist nicht Bestandteil dieser Maßnahme. Das passt da eigentlich gar nicht rein. Ich weiß nicht, wie es da reingekommen ist. Kern dieses Maßnahmenpakets ist die Einführung eines Energieaudits, um den Verbrauch kommunaler Gebäude zu analysieren, zu steuern und auch auf das Nutzerverhalten entsprechend zu reagieren, Schulungen und Hinweise und Einflüsse geltend zu machen.

So, dann ist noch das Thema Ökostrom gewesen, die Maßnahme 35. Hier wollten Sie auch eine Änderung der Überschrift und da haben wir noch mal darauf verwiesen, die Überschrift sollte im jeweiligen Handlungsfeld zugehörig sein. Es gibt für das Handlungsfeld, es gibt ein eigenes Handlungsfeld „Energieversorgung“, d.h. wo das Ökostrom-Thema besser hineinpasst. Eine Prüfung zum Einsatz erneuerbarer Energien: hier erneut wieder ist gesetzlich vorgegeben und wird entsprechend auch vom Gesetzgeber viel breiter angelegt, also es bezieht sich nicht nur auf Fotovoltaik. Die Nutzung von selbsterzeugten Strom aus erneuerbaren ist nur unmittelbar, also ist... sollte nicht auf das unmittelbar auf das Einzelgebäude beschränkt sein, sondern es ist immer eine Quartiersbetrachtung erforderlich. Das ist auch im Sinne der Gesetzgebung so gewollt. Und für die Forderung an HWG und GWG da habe ich mir natürlich entsprechend die Rückmeldung geholt. Man muss wissen, die HWG und GWG sind...

Herr Raue

Herr Zwick, können Sie es ein bisschen komprimieren?

Herr Zwick

Es ist sehr umfangreich. Also HWG und GWG sind verpflichtet zum Wohnraum zu vermieten und nicht Finanz- oder Energiedienstleister. Die haben das im Gesellschaftervertrag schon so verortet. Ja, dann... jetzt wird es gleich fertig sein. Handlungsfeld „Energieversorgung“, Maßnahme 43: Hier könnten wir den Vorschlag ergänzen in der Beschreibung, der hier vorgebracht wird. Denn die Klärgasgewinnung im BHKW findet bereits seit Jahren statt. Das ist auch schon mehrfach durch die Presse gegangen, können wir hier so ergänzen. Dann die Maßnahme 44: Hier könnten wir den Vorschlag inhaltlich übernehmen. Der würde inhaltlich zum Thema gut passen.

Dann die letzte Maßnahme mit den Park & Ride-Stellflächen: Hier können wir ebenfalls den Vorschlag in die Beschreibung... in der Beschreibung ergänzen. Er knüpft an die dort stehenden Inhalte an. Generell ist aber hier das gleiche wie bei dem Antrag der Grünen, das ist ein offenes Konzept, mit dem wir jederzeit mit Vorschlägen, mit allem arbeiten können und die Dinge versuchen, wenn sie kurzfristig umsetzbar sind, direkt zu realisieren bzw. wenn nicht, dann nehmen wir sie in die nächste Diskussion der Fortschreibung auf jeden Fall mit auf, die gehen nicht verloren.

Herr Raue

Vielen Dank, Herr Zwick. Jetzt habe ich einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Thomas gesehen.

Herr Dr. Thomas

Herr Zwick, ich schätze Sie wirklich außerordentlich. Sie sind ein toller Fachmann hier, aber ich würde jetzt einen Antrag auf Ende der Debatte an der Stelle stellen. Ich denke, die Meinungsbildung ist soweit vollzogen.

Herr Raue

Das... sehe ich eine Gegenrede? Dann müssen wir das jetzt aber erst mal abstimmen, wenn es keine Gegenrede gibt... eine Gegenrede, bitte.

Frau Jacobi

Also ich finde es schon wichtig, die Ausführung der Verwaltung zu den einzelnen Änderungsanträgen zu hören und da müssen wir jetzt auch mal durch, irgendwie also...

Herr Raue

Das ist richtig und wenn wir dadurch wollen stimmen wir das ab. Zum GO-Antrag? Na, dann, Herr Paulsen.

Herr Paulsen

Ich denke auch, dass es notwendig ist, dass Sie sich noch zu Gehör bringen lassen, welche Position die Verwaltung zu den Punkten hat. Insbesondere zu den noch ausstehenden gibt es ja auch die Unzulässigkeitsfrage, die hier wieder im Raum steht. Aber Sie wollten das Thema hier noch mal im Ausschuss diskutieren, insofern müssen Sie jetzt leiden und bei umfangreichen Änderungsanträgen auch umfangreiche Stellungnahmen ertragen.

Herr Raue

So, dann lassen Sie uns über die Strafe abstimmen. Wer ist für die Annahme des GO-Antrages auf Abbruch der Debatte? Eins, zwei, gut, drei? Habe ich drei gesehen? Gegenstimmen? Okay. Stimmenenthaltung? Gut, dann darf munter weiter diskutiert werden. Der Antrag ist abgestimmt. Bitte.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ich würde es jetzt nicht unnötige in die Länge ziehen, aber es wäre halt schön gewesen, wenn wir die Stellungnahmen tatsächlich vorher schriftlich bekommen hätten, dann hätten wir auch noch mal reagieren können mit unseren Anträgen. So ist es jetzt verdammt schwer irgendwas noch zu tun und deswegen würde ich bitten, dass wir das jetzt zumindest im Nachhinein noch bekommen und die Möglichkeit haben, zur Stadtratssitzung dann wenigstens noch irgendwas zu ändern.

Herr Raue

Okay, Herr Paulsen bitte.

Herr Paulsen

Selbstverständlich macht die Verwaltung auch Stellungnahmen dazu. Das war jetzt im Vorfeld noch nicht möglich, weil es eben relativ viele Unklarheiten gibt zu Ihrem Antrag. Herr Zwick hat es ja deutlich gemacht, dass Zielstellungen nicht wirklich klar sind bzw. die Änderungsanträge an die falsche Stelle gestellt sind. Insofern war es uns wichtig, dass wir hier tatsächlich in die Diskussion gehen und auch an vielen Punkten noch mal erfahren, was eigentlich das Ziel ist des Änderungsantrages, weil, wie gesagt, sehr deutlich geworden ist, es gibt Maßnahmen, da sagen wir, das können wir natürlich machen und da muss man darüber reden und dann machen wir eine Stellungnahme.

Herr Raue

Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Herr Paulsen, ich weiß, wir haben da beide keine Lust drauf, aber ich finde es echt frech. Also, das, was Herr Zwick jetzt vorgetragen hat, da war jetzt nicht wirklich eine Frage an uns dabei und ansonsten haben wir alle, sind die Fraktionen irgendwie erreichbar. Wenn da wirklich eine Kommunikation gewollt gewesen wäre, hätte man das auch tun können. Deswegen finde ich es einfach nicht schön, wenn wir hier sitzen und Sie sagen, es ist wieder alles umfangreich. Auch wir mussten uns mit umfangreichen Dingen schon mehr als einmal beschäftigen.

Herr Raue

Herr Paulsen.

Herr Paulsen

Ja, wir haben dieses Konzept mehrfach in vielen Ausschüssen beraten. Sie haben außer Ihren sehr spät schriftlich eingereichten Fragen nichts zu diesem Konzept verlauten lassen. Jetzt haben wir deutlich gemacht, dass gerade die Änderungsanträge der LINKEN nicht zielführend sind, weil sie entweder schon umgesetzt werden oder relevant an der falschen Stelle sind und man sie nicht zuordnen kann. Das ist schon etwas, was Sie noch direkt aus dem Vortrag von Herrn Zwick mitnehmen können, ohne dass ich ein Fragezeichen dahinter machen muss.

Herr Raue

Okay, und ich würde Herrn Zwick dennoch noch mal das Wort geben und zum Antrag der MitBürger & Die PARTEI die Position der Stadtverwaltung vorzutragen. Ah ja, Sie auch noch, Frau Jacobi, ich habe Sie vergessen.

Frau Jacobi

Also ich wollte nur noch zu dem, zur Ergänzung von Herrn Paulsen. Ich weiß nicht, zu dem Wettbewerb: Würden Sie mir nicht recht geben, dass so eine Teilnahme oder die... der Wille der Teilnahme an einem Wettbewerb auch Ansporn und Inspiration sein kann, gewisse Maßnahmen noch mit in den Katalog mit aufzunehmen? Und ob dieser Wettbewerb am Ende zum Klimaschutz beiträgt, also dass ein Preisgeld von einer Viertelmillion kann der Stadt eigentlich, denke ich, ganz gut helfen, weitere Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen.

Herr Paulsen

Ich sage jetzt mal nein, weil die Motivation für diese Maßnahmen ist nicht ein Wettbewerb, sondern ist der Klimaschutz. Deswegen machen wir die Maßnahmen. Und wenn wir feststellen, dass wir ein gutes, und in der Regel braucht man für solche Wettbewerbe auch ein innovatives, Projekt haben, was tatsächlich funktioniert, dann beteiligen wir uns an Wettbewerben. Da gucken wir drauf. Da brauchen wir nicht einen Beschluss, der vorher schon sagt, da müsst ihr rein und nachher haben wir in dem Feld nichts und beteiligen wir uns an einem bundesweiten Wettbewerb mit etwas, wo man sich eigentlich mit schämen müsste. Und darum ist es wichtig, dass wir mit guten Projekten und guten Ergebnissen in diese Wettbewerbe reingehen und nicht vorher schon festlegen, dass wir das machen und gar nicht wissen wozu. Wenn Sie etwas im Blick haben, wo Sie sagen, das passt, dann schieben Sie eine Maßnahme an. Aber ob wir uns bewerben, muss man tatsächlich erst dann entscheiden oder kann man erst dann entscheiden, wenn das Projekt soweit ist, dass es Ergebnisse zeigt.

Herr Raue

Also, ich denke auch, dass die Beteiligung an Wettbewerben, das muss aus der Situation heraus geschehen. Das sehe ich genauso wie die Verwaltung. Und alles, was darüber hinausgeht, denke ich eigentlich, dass wir uns das wir da uns mit Personal umgeben müssten, ja, dass wir da im Prinzip uns wahrscheinlich auch Leute damit befassen müssen aus der Verwaltung, die normalerweise andere Aufgaben, wichtigere Aufgaben in ihrer natürlichen Organisation umzusetzen haben und durchzuführen haben. Und ich denke, der Haushaltsansatz müsste sich dann noch tatsächlich im Personal irgendwie verändern, dass man dafür auch Kräfte freisetzen kann. Das ist nicht Aufgabe der Stadt. Ja, Herr Paulsen, bitte.

Herr Paulsen

Also, nicht missverstehen. Wir machen, wir beteiligen uns gerne an den Wettbewerb, an jedem Wettbewerb. Und wir freuen uns, wenn dort Ideen aus der Stadt, die wir in der Regel mit Partnerinnen und Partner umsetzen, auch gewürdigt werden. Und wir freuen uns auch über eine Viertelmillion für Projekte im Klimaschutz, aber der Weg muss stimmen. Und jetzt festzulegen, dass wir uns bewerben und wir nicht wissen, was wir dort vorlegen, ist nicht hilfreich. Darum prüfen wir wirklich jeden Wettbewerb und wir gehen auch gerne rein mit allen Akteuren im Konzern Stadt, aber nicht so rum.

Herr Raue

Frau Jacobi. Gut, dann Herr Zwick bitte.

Herr Zwick

Jetzt zum Änderungsantrag.

Herr Raue

Genau, zu 4.1.3.

Herr Zwick

Hier war zunächst der Beschlusspunkt 2, der geändert werden sollte. Hier geht es um die Aufnahme der Ergebnisse der Stadtklimauntersuchung des Deutschen Wetterdienstes. Es ist so, dass es seit 1900, seit 1851 Klimadaten für die Stadthalle gibt und dass diese Stadtklimauntersuchung nicht die erste der Stadt Halle ist, sodass hier erst einmal die Annahme des Antragsstellers, der Antragstellerin nicht korrekt ist. Des Weiteren ist es so, dass die Stadtklimauntersuchung des Deutschen Wetterdienstes ein reines bodengründliches Messverfahren war, das flankiert wurde durch modellhafte Darstellung bzw. Arbeit mit Modellen. Wir, und das steht auch im Klimaschutzkonzept drin, reichern jetzt dieses bodengründliche Messverfahren an mit einer Thermal-Befliegung und mit weiteren Daten, damit wir daraus tatsächlich Kartenmaterial gewinnen können, wo wir Schwerpunkte in der Stadt setzen können, sodass wir sagen können, warum machen wir denn welche Maßnahme an welcher Stelle. Im Moment ziehen wir immer alles über das ganze Stadtgebiet. Und jetzt ist es wichtig, aus diesem Projekt, das so zu qualifizieren, dass wir tatsächlich Stadtentwicklungsdaten und stadtspezifische Klimadaten herausziehen können. Das muss unser Ziel sein. Deswegen wäre das die Übernahme dieses Syntheseberichts, eine reine Abschreibübung. Die brauchen wir in dem Konzept nicht, weil das öffentlich zugänglich ist. Wichtig ist, dass wir das jetzt qualifizieren und dann tatsächlich da reinpacken. Und dazu gibt es auch tatsächlich in der Zielformulierung der Maßnahme 11 diesen Anspruch. Das wollte ich hier noch mal deutlich machen, weil das, glaube ich, deckungsgleich war mit dem Anspruch der Grünen. Dass das für uns natürlich relevant ist, was da passiert ist, aber das, was für unsere Stadt so qualifizieren müssen, dass es tatsächlich auch hilft und dass wir am Ende auch Kartendaten haben.

Dann Bezug auf Beschlusspunkt 2. Hier wird immer der Vergleich herangezogen mit anderen Städten. Das ist für mich immer unheimlich schwierig, gerade in der Klimathematik. Also die Unterschiede zu anderen Städten, da könnte ich tausende nennen. Wichtig ist für uns ja nicht so viele Maßnahmen wie möglich, sondern dass die Maßnahmen auch eine gewisse Qualität haben, dass wir im Prinzip auch mit diesen Maßnahmen tatsächlich einen Schritt weiterkommen im Vergleich zu dem alten Konzept, dass wir tatsächlich einen Schritt vorwärts machen. Und da setzen wir nicht auf Masse sondern da gucken wir uns die Maßnahmen an und versuchen die zu qualifizieren, um dort weiter zu gehen. Deswegen ist es für uns nicht der Anspruch hier auf Masse an Maßnahmen zu setzen.

Dann Handlungsfeld „Umsetzungsstrukturen“. Hier geht es um Vernetzung. Hier kann ich nur sagen, die Stadt ist seit 1992 Mitglied im Klimabündnis e.V. und das ist nun mal das größte Netzwerk von Gemeinden und Landkreisen in der Klimathematik. Und da tauschen wir uns regelmäßig aus, wir machen gemeinsam Projekte. Der Klimaschutzplaner ist ein Projekt, was wir als Pilotkommune zusammen mit dem Klimabündnis und vielen anderen Kommunen gemacht haben, da kann ich weitere Beispiele nennen. Zudem kommt die Vernetzung im Deutschen Städtetag, im Städte- und Gemeindebund, in der Metropolregion Mitteldeutschland, sodass ich sagen kann, wir sind vernetzungstechnisch mit anderen Kommunen interkommunal wirklich gut aufgestellt und profitieren davon natürlich auch, von diesem Austausch. Hier braucht man keine weitere neue Maßnahme kreieren.

Dann war das nächste die Auflagen beim Verkauf städtischer Grundstücke. Hier ist zu nennen, also nicht nur der Kaufvertrag, sondern es gibt deutlich mehr rechtsverbindliche Möglichkeiten Klimabelange in Planung und vertraglichen Regelungen zuvor verorten. Grundsätzlich können beim Verkauf städtischer Grundstücke verschiedenste Vereinbarungen im Kaufvertrag verankert werden. Ein Kaufvertrag ist jedoch keine Einbahnstraße, sondern es ist immer auch ein Einverständnis des Käufers. Und es wird sehr kritisch an der Stelle, wo die Nachfrage gering ist, wenn man zu hohe Ansprüche sozusagen hier formuliert. Das nur als Hinweis. In... die in der Maßnahme 8 aufgeführte Klimaverträglichkeitsprüfung, die enthält eigentlich auch viele Regelungen, die man vertraglich vereinbaren kann, d.h. wir prüfen schon mit durch, ob in Kaufverträgen oder ob in Erschließungsverträgen oder ob in städtebaulichen Verträgen klimarelevante Belange entsprechend verankert sind.

Dann haben wir den Punkt C: die vorausschauende Bodenvorratspolitik. Der Vorschlag stellt auf den schon genannten Grundstücksverkauf im Sachverhalt mit ab, allerdings sagt er hier, der Vorschlag, zwischenzeitlich die Grundstücke zu erwerben, um dann vertragliche Regelungen unterzubringen. Das stelle ich mir bei der haushalterischen Lage der Stadt sehr schwierig vor. Es wird ja auch ein Vergleich zu Ulm gezogen. Ulm hat... ich habe mir das mal angeschaut... völlig andere Voraussetzungen als die Stadt Halle. Es ist wieder so ein ganz schwieriger Vergleich. Des Weiteren, natürlich, wenn ich als Stadt so ein Zwischenkauf mache, um dort irgendwas zu regeln über die Kaufverträge, gehe ich ein gewisses Risiko ein. Ich muss sie ja auch wieder loswerden. Das sind so Dinge... will ich nur mal anstoßen, wo... sehen wir kritisch. Und grundsätzlich würde ich auch nicht dazu hingehen, willkürlich Flächen zu erwerben. Also hier ist genauso eine Belastung da, wo ich sagen muss, warum erwerbe ich diese Fläche, gerade diese.

Okay, dann war verstärkter Fokus bei regionaler Ernährung. Hier geht es um den Flächennutzungsplan, um hier entsprechend die regionale Ernährung zu fördern. Hier kann ich ganz klar sagen, der Flächennutzungsplan kann das nicht leisten. Das, was hier gewünscht wird, das kann man in dem Flächennutzungsplan absolut nicht abbilden, denn der stellt ja nur die Grundzüge der Flächennutzung dar und regelt nicht sozusagen was als Landwirtschaftsflächen anzubauen ist und wo das sozusagen anzubieten ist. Das kann der Flächennutzungsplan an dieser Stelle nicht leisten.

Bei der Solarpotenzialanalyse, da hatten wir schon mal einen Antrag, der wurde abgelehnt. Dazu ist noch zu sagen: die Potenzialanalyse trifft überhaupt keine Aussage über den tatsächlichen... über die tatsächliche Umsetzbarkeit. Also, wenn ich sehe, ein Dach hat das Potential für Solar, dann weiß ich noch immer nicht, wie ist die Dachhaut, wie ist die Statik, wie ist der nächste Netzeinspeisepunkt usw. Also viele Dinge, die die Wirtschaftlichkeit beeinflussen, kann ich nicht von unten sehen oder von oben über ein Luftbild, sondern hier muss ich tatsächlich in das Objekt reingehen und das wird eine verdammt teure Sache, wenn ich das für 800 Objekte der Stadt tun möchte.

Dann der Punkt F zu den Kleinwindkraftanlagen. Hier kann ich ganz klar sagen: Kleinwindkraftanlagen sind für das Stadtgebiet derzeit wirtschaftlich nicht darstellbar. Und das ist nicht nur die Aussage der Stadt Halle über das Pilotprojekt, was wir im Hafen betreiben, sondern das ist auch die Aussage des Fraunhofer Instituts für Windenergie und Energiesystematik, und die Aussage des Bundesverbands für Kleinwindkraftanlagen. Das hat einfach mit dem Siedlungscharakter zu tun. Es ist unheimlich schwierig darzustellen, gerade auch mit, durch die verschiedenen Turbulenzen, die aufgrund des besiedelten Raumes einfach bestehen. Hier, wie gesagt, ist derzeit keine Wirtschaftlichkeit darstellbar. Und es ist auch kein Feld, in dem Halle energetisch eine große Entlastung erfahren könnte auf Dauer mit den Kleinwindkraftanlagen. Sicherlich, im Inselbetrieb, an gewissen Stellen vielleicht, auch als Idealismus in der Kleingartenanlage, alles machbar. Aber das ist kein Feld, auf das die Stadt Halle setzen sollte.

Ja, und zum Schluss noch mal der Wunsch der Bürgerbeteiligung, hier das noch mal zu öffnen. Wie gesagt, wir hatten das Format da, über mehrere Monate „Gestalte mit Halle“. Das Portal war geöffnet. Die Bürger konnten sich beteiligen. Wir haben mehrfach dazu aufgerufen, wir hatten verschiedene Fachworkshops. Wenn wir das jetzt hier nochmal öffnen, dann stehen wir wieder am Anfang von der Konzeptentwicklung und das wäre doch wirklich sehr schade. Das zu den Ausführungen des Antrags.

Herr Raue

Okay herzlichen Dank, Herr Zwick, genau, zu Ihrem Antrag, klar, wir brauchen noch die Diskriminierung der Saalkreisler.

Herr Zwick

Ganz kurz. Sie sagen es schon. Hier ist natürlich eine urbane Straßennutzungsgebühr für PKW mit SK-Kennzeichen ist definitiv eine Diskriminierung und das steht geltendem Recht entgegen. Das ist ganz klar.

Herr Raue

Okay, wenn es dann keine... Frau Krischok, Sie... Chance verpasst, jetzt in die Abstimmung zu gehen.

Frau Krischok

Ich würde noch eine, die wollte ich eigentlich am Anfang schon stellen, eine kleine Frage: Seite 127, da steht was von einer Dienstanweisung Energie. Was ich darin nicht kapiere, ist die schon fertig? Dann würde mich interessieren, was steht drin. Oder können Sie das irgendwann mal die Inhalt sagen, wenn sie fertig ist oder dann, wenn sie fertig ist. Das würde ich gerne noch wissen.

Herr Raue

Herr Zwick, Seite 127.

Herr Zwick

Also ich gehe jetzt nicht auf die Seite. Die Dienstanweisung Energie... die gibt es noch nicht. Wir wollen das qualifizieren für die Stadt. Das geht speziell um einmal um den Umgang der Immobilien, was die Betreuung betrifft, d.h. die Hausmeister oder Haustechniker, aber auch auf das Nutzerverhalten am Arbeitsplatz, das zum Beispiel, wenn halbe Stunde Mittagspause der Rechner nicht an bleibt, sondern das heruntergefahren wird. Also es sind von großen Maßnahmen, wo ich, sage ich mal, in den Schulen und, und, und in den Turnhallen mir die Ferienzeiten angucke, ob da eine Heizung geht oder nicht, bis hin zu kleinen Maßnahmen, wo dann der einzelne Nutzer am Arbeitsplatz über eine Dienstanweisung dazu verpflichtet werden soll, ja auch sparsam mit den Ressourcen der Stadt umzugehen. Also es ist noch nichts vorhanden. Wir sind da auch völlig bei null und würden das im Rahmen dieser Maßnahme entsprechend mit anschieben.

Herr Raue

Okay, vielen Dank, Herr Zwick. Ich fühle mich jetzt gerade außerstande zu beurteilen, welcher Antrag jetzt am weitesten geht. Ich würde jetzt einfach so vorgehen: 4.1.1, 4.1.2 usw. in der Reihenfolge abzustimmen. Und frage jetzt, wenn sich da kein Widerspruch erhebt, und würde die sachkundigen Einwohner als erstes zu 4.1.1 befragen, das ist der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob der Ihre Zustimmung erfährt.

Wer ist für Antrag 4.1.1. Sachkundige Einwohner: eins, zwei, drei, vier. Gegen... fünf... Gegenstimmen? Sechs. Sie hatte ich schon mitgezählt, Frau Wolf. Okay, sechs. Gegenstimmen? Stimmenenthaltungen? Ein, zwei Stimmenenthaltungen. Gut, dann ist er mehrheitlich angenommen, einstimmig, vielen Dank für die Korrektur. So und dann frage ich die Stadträte: wer ist für die Annahme des Antrags 4.1.1? Zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht. Gegenstimmen? Sehe ich eine. Enthaltungen? Keine. Gut, dann ist er mit einer Gegenstimme mehrheitlich angenommen.

Gut. Kommen wir zu 4.1.2. Das ist der umfangreiche Antrag von Die LINKE. Frage ich zuerst die sachkundigen Einwohner: Wer stimmt für den Antrag 4.1.2? Eins, zwei. Gegenstimmen? Zwei, vier, fünf. Stimmenenthaltung? Keine. Damit ist der mehrheitlich abgelehnt. So, dann frage ich die Stadträte: Wer stimmt für Antrag 4.1.2? Eins, zwei, drei. Gegenstimmen? Zwei, drei, vier und Stimmenenthaltungen? Zwei. Dann ist der mehrheitlich abgelehnt.

So, kommen wir zu 4.1.3. das ist der Antrag von die MitBürger & Die PARTEI. Frage ich die sachkundigen Einwohner als erste: Wer ist für Antrag 4.1.3? Eins, zwei. Gegenstimmen? Eins, zwei, drei, vier... fünf, fünf Gegenstimmen. Dann ist der... Stimmenenthaltungen? Eine. Dann ist der mehrheitlich abgelehnt. Und dann die Stadträte: Wer ist für 4.1.3? Drei. Gegenstimmen? Vier. Stimmenenthaltungen? Zwei. Gut, dann ist der auch mehrheitlich abgelehnt.

Kommen wir zu 4.1.4. Frage ich die sachkundigen Einwohner als erstes: Wer ist für den Antrag 4.1.4? Einer. Gegenstimmen? Eins, zwei, drei, vier. Stimmenenthaltungen? Das wäre wohl übrigbleibend. Zwei. Gut, dann ist der mehrheitlich abgelehnt. Und dann die Stadträte: Wer ist für Antrag 4.1.4? Eins. Gegenstimmen? Zwei, vier, sieben, acht. Stimmenenthaltungen? Keine. Dann ist der mehrheitlich abgelehnt.

Gut. Dann würde ich den so geänderten Gesamtantrag, die so geänderte Beschlussvorlage, genau, abstimmen lassen. Wer ist für die so geänderte Beschlussvorlage? Als erstes die sachkundigen Einwohner: Eins, zwei, drei. Gegenstimmen? Stimmenenthaltungen? Vier. Dann ist der, gab ja keine Gegenstimmen. Mehrheitlich zugestimmt, einstimmig, genau. So, und die Stadträte: Wer ist für den Antrag? Fünf. Gegenstimmen? Eine. Stimmenenthaltungen? Zwei. Gut, dann ist der auch mehrheitlich zugestimmt.

Wortprotokolle Ende

**zu 4.1 Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00405**

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt mit Änderungen

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

- ~~1. Die Stadt Halle (Saale) nimmt ihre Verantwortung für die Rettung des Weltklimas auf kommunaler Ebene an und wird alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, um die wissenschaftlich belegte globale Erderwärmung so gering wie möglich zu halten.~~

- ~~2. Der Stadtrat nimmt die Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis und beschließt die Umsetzung der enthaltenen Maßnahmen.~~
- ~~3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit zur Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann.~~
- ~~4. Dem Stadtrat wird im Zweijahresrhythmus mit einer Informationsvorlage der Umsetzungsstand der Maßnahmen berichtet.~~
- ~~5. Eine Evaluation und Konzeptfortschreibung soll im Jahr 2024 erfolgen.~~
- ~~6. Die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sind bei allen städtischen Vorhaben prioritär zu berücksichtigen. Der Stadtrat fordert die städtischen Tochterunternehmen auf, auch im Rahmen ihrer Geschäftspolitik diese Themen zu bearbeiten und die Stadt bei ihrem Wirken für einen nachhaltigen Klimaschutz zu unterstützen.~~
1. Die Stadt Halle (Saale) nimmt ihre Verantwortung für **den Klimaschutz** die Rettung des Weltklimas auf kommunaler Ebene an und wird alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, um die wissenschaftlich belegte globale Erderwärmung so gering wie möglich zu halten.
2. Der Stadtrat nimmt **die Feststellungen in der 2018 erstellten** Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale) **als Situationsbeschreibung für den Zeitraum bis zum Jahr 2015** zur Kenntnis und beschließt die Umsetzung der enthaltenen Maßnahmen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die in der Fortschreibung vorgeschlagenen Maßnahmen in den Handlungsfeldern „Umsetzungsstrukturen“, „Stadtentwicklung“, „Private Haushalte“, „Unternehmen“, „Kommunale Einrichtungen“, „Energieversorgung“ und „Verkehr“ dahingehend zu konkretisieren, dass für jede vorgeschlagene Maßnahme konkrete Zielstellungen benannt und messbare Indikatoren für die Zielerreichung in 2024 festgelegt werden. Darüber hinaus sind in den Handlungsfeldern „Abfallwirtschaft“, „Stadtgrün“ sowie „globale Verantwortung und Klimagerechtigkeit“ geeignete Maßnahmen mit konkreten Zielstellungen und überprüfbaren Indikatoren zu entwickeln. Die Stadtverwaltung wird mit der unverzüglichen Umsetzung aller Maßnahmen beauftragt. Dem Stadtrat wird in der Stadtratssitzung im November 2020 eine entsprechend überarbeitete Maßnahmenplanung zur Beschlussfassung vorgelegt.
4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit zur Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann. **Das Ergebnis der Prüfung wird dem Stadtrat im November 2020 in Zusammenhang mit der überarbeiteten Maßnahmenplanung mitgeteilt.**
5. Dem Stadtrat wird **ab 2021 jährlich** im Zweijahresrhythmus mit einer Informationsvorlage der Umsetzungsstand der Maßnahmen berichtet.
6. Eine Evaluation und Konzeptfortschreibung soll im Jahr 2024 erfolgen.

7. Die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sind bei allen städtischen Vorhaben prioritär zu berücksichtigen. **Bei relevanten Entscheidungen sind solche Lösungen zu bevorzugen, die sich positiv auf den Klimaschutz auswirken.** Der Stadtrat fordert die städtischen Tochterunternehmen auf, auch im Rahmen ihrer Geschäftspolitik diese Themen zu bearbeiten **selbst entsprechende Maßnahmen zu entwickeln sowie umzusetzen** und die Stadt bei ihrem Wirken für einen nachhaltigen Klimaschutz zu unterstützen.

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)" VII/2019/00405**
Vorlage: VII/2020/00874

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt
mit Änderungen

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

8. Die Stadt Halle (Saale) nimmt ihre Verantwortung für **den Klimaschutz** ~~die Rettung des Weltklimas~~ auf kommunaler Ebene an und wird alle notwendigen Anstrengungen unternehmen, um die wissenschaftlich belegte globale Erderwärmung so gering wie möglich zu halten.
9. Der Stadtrat nimmt **die Feststellungen in der 2018 erstellten** Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale) **als Situationsbeschreibung für den Zeitraum bis zum Jahr 2015** zur Kenntnis und ~~beschließt die Umsetzung der enthaltenen Maßnahmen.~~
10. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die in der Fortschreibung vorgeschlagenen Maßnahmen in den Handlungsfeldern „Umsetzungsstrukturen“, „Stadtentwicklung“, „Private Haushalte“, „Unternehmen“, „Kommunale Einrichtungen“, „Energieversorgung“ und „Verkehr“ dahingehend zu konkretisieren, dass für jede vorgeschlagene Maßnahme konkrete Zielstellungen benannt und messbare Indikatoren für die Zielerreichung in 2024 festgelegt werden. Darüber hinaus sind in den Handlungsfeldern „Abfallwirtschaft“, „Stadtgrün“ sowie „globale Verantwortung und Klimagerechtigkeit“ geeignete Maßnahmen mit konkreten Zielstellungen und überprüfbaren Indikatoren zu entwickeln. Die Stadtverwaltung wird mit der unverzüglichen Umsetzung aller Maßnahmen beauftragt. Dem Stadtrat wird in der Stadtratssitzung im November 2020 eine entsprechend überarbeitete Maßnahmenplanung zur Beschlussfassung vorgelegt.
11. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit zur Umsetzung der Maßnahmen Fördergelder von Land, Bund und der EU sowie durch die Zusammenarbeit mit anderen Kooperationspartnern eine externe Finanzierung erfolgen kann. **Das Ergebnis der Prüfung wird dem Stadtrat im November 2020 in Zusammenhang mit der überarbeiteten Maßnahmenplanung mitgeteilt.**

12. Dem Stadtrat wird **ab 2021 jährlich** im ~~Zweijahresrhythmus~~ mit einer Informationsvorlage der Umsetzungsstand der Maßnahmen berichtet.
13. Eine Evaluation und Konzeptfortschreibung soll im Jahr 2024 erfolgen.
14. Die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sind bei allen städtischen Vorhaben prioritär zu berücksichtigen. **Bei relevanten Entscheidungen sind solche Lösungen zu bevorzugen, die sich positiv auf den Klimaschutz auswirken.** Der Stadtrat fordert die städtischen Tochterunternehmen auf, ~~auch im Rahmen ihrer Geschäftspolitik diese Themen zu bearbeiten~~ **selbst entsprechende Maßnahmen zu entwickeln sowie umzusetzen** und die Stadt bei ihrem Wirken für einen nachhaltigen Klimaschutz zu unterstützen.

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)" VII/2019/00405
Vorlage: VII/2020/01069**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1 .Der Beschlussvorschlag im Punkt 2. wird wie folgt ergänzt:
Für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale) wird eine Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, mit der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle und den wissenschaftlichen Instituten in Halle (Saale) angestrebt.

2. Folgende Änderungen werden im Integrierten kommunalen Klimaschutzkonzept der Stadt Halle (Saale) - Fortschreibung 2018 geändert:
Hier: Handlungsfeld Umsetzungsstrukturen 7.4.Maßnahmen:

Maßnahme 01: Energie- und klimapolitisches Leitbild

Die Zielsetzung wird wie folgt geändert:

Zielsetzung:

Das energie- und klimapolitische Leitbild der Stadt Halle (Saale) ist regelmäßig zu überprüfen. Dazu wird ein Prüfungsrhythmus von 5 Jahren angesetzt, woraus sich die nächste Prüfung für das Jahr 2020 **im 4. Quartal** ergibt.....

Maßnahme 04 : Controllingsystem Klimaschutz in Halle (Saale)

Die Maßnahme wird wie folgt ergänzt:

Die Stadt Halle nimmt am Bundeswettbewerb „Klimaaktive Kommune“ im Jahr 2021 teil.

Handlungsfeld B : Stadtentwicklung

Maßnahme 10: Klimaschutz und Klimaanpassung in Quartieren und Baugebieten

Beschreibung: Der Text wird wie folgt ergänzt:

Bei Neubauten der Stadt und durch die Stadt geförderten Neubauten werden konsequent Photovoltaikanlagen gebaut. Dabei werden nach Möglichkeit auch die Fassaden genutzt. Bei der Gebäudesanierung werden nach Möglichkeit Photovoltaikanlagen errichtet. Die Stadt stellt die Dächer ihrer Gebäude nach Möglichkeit zur Errichtung von Photovoltaikanlagen zur Verfügung.

Im Handlungsfeld B (Stadtentwicklung) wird eine weitere Maßnahme „Entwicklung des Stadtwaldes, nachhaltige Forstwirtschaft sowie dauerhafte Kohlenstoff-Speicherung“ aufgenommen.

Ziel: Klimaschutz

Zielsetzung: CO₂ Reduktion durch Kohlenstoff-Speicherung

Beschreibung: Durch Photosynthese wird CO₂ von Pflanzen aufgenommen, der Sauerstoff freigesetzt und der Kohlenstoff im Pflanzenmaterial gespeichert. Bäume im Wachstum lagern dabei besonders viel Kohlenstoff in den Stämmen ein. Der Stadtwald wird nachhaltig bewirtschaftet und eine Verjüngung der Bestände entsprechend der Forsteinrichtung konsequent durchgeführt und die Waldflächen vermehrt. Dabei wird der Wald klimaplastisch umgebaut. Das entstehende Holz soll so genutzt werden, dass kein Kohlenstoff wieder freigesetzt wird.

Die Stadt unterstützt die Landwirtschaftsbetriebe im Stadtgebiet bei Maßnahmen zum Humusaufbau.

Neubauten der Stadt sowie von der Stadt geförderte Neubauten werden bevorzugt als Holzbauten und wenn möglich als 0-Energie-Gebäude realisiert.

Handlungsfeld C: Private Haushalte

Maßnahme 20: Aktionstage zum klimafreundlichen und nachhaltigen Konsum

Unter „Zielsetzung“ wird ergänzt:

Die Stadt Halle würdigt vorbildliche Küchen (z.B. Mensen der Uni) und lädt einmal im Jahr zum Erfahrungsaustausch ein.

Handlungsfeld D: Unternehmen

Maßnahme 25: Stoffliche Verwertung von CO₂

Unter dieser Maßnahme wird aufgenommen:

Ziel: Klimaschutz

Zielsetzung: CO₂ Reduktion durch Kohlenstoff-Speicherung

Beschreibung: Durch Photosynthese wird CO₂ von Pflanzen aufgenommen, der Sauerstoff freigesetzt und der Kohlenstoff im Pflanzenmaterial gespeichert. Bäume im Wachstum lagern dabei besonders viel Kohlenstoff in den Stämmen ein. Der Stadtwald wird nachhaltig bewirtschaftet und eine Verjüngung der Bestände entsprechend der Forsteinrichtung durchgeführt und die Waldflächen vermehrt. Dabei wird der Wald klimaplastisch umgebaut. Das entstehende Holz soll so genutzt werden, dass kein Kohlenstoff wieder freigesetzt wird.

Die Stadt unterstützt die Landwirtschaftsbetriebe im Stadtgebiet bei Maßnahmen zum Humusaufbau.

Neubauten der Stadt sowie von der Stadt geförderte Neubauten werden bevorzugt als Holzbauten und wenn möglich als 0-Energie-Gebäude realisiert.

Handlungsfeld E: Kommunale Einrichtungen

Maßnahme 29: Weiterentwicklung des Gebäudemanagements

Unter der Maßnahme wird ergänzt:

Zukünftige Standorte werden auf dem besten Stand der Technik bezüglich Energieeinsparung und -effizienz saniert.

Die Maßnahme 35: Bezug von 100% Ökostrom für städtische Einrichtungen wird wie folgt ergänzt:

Überschrift neu:

Bezug von 100% Ökostrom für städtische Einrichtungen und Eigenenergieerzeugung in der Kommune

Ergänzung der Maßnahme:

In der Kommune wird geprüft, auf welchen Dachflächen kommunaler Gebäude solarthermische oder photovoltaische Anlagen installiert werden können. Darüber hinaus wird geprüft, ob bzw. in welchem Umfang sich die dezentral gewonnene Energie auch vollständig dezentral verbrauchen lässt. Dabei werden die Erfahrungen von kommunalen Musterprojekten ausgewertet (z. B. Frankfurt a.M.). HWG und GWG prüfen darüber hinaus, ob Bürgerschaftsmodelle für eine Finanzierung / Refinanzierung machbar erscheinen.

Handlungsfeld F: Energieversorgung;

Maßnahme 43: Errichtung und Betrieb von Erneuerbare-Energie-Anlagen

Der letzte Satz der Beschreibung wird wie folgt geändert:

Nutzung von Klärgas in der Kläranlage Lettin und von Flusswärme am Kühlwasser-einlauf des Heizkraftwerks Halle-Trotha.

Handlungsfeld G: Verkehr

Maßnahme 44: Vorfahrt für Bus und Bahn- Priorisierung des öffentlichen Verkehrs

Die Zielsetzung wird wie folgt ergänzt:

Verstärkte Werbung bei den Unternehmen in der Stadt, ihren Mitarbeitern Job-Tickets zur Verfügung zu stellen.

Maßnahme 47: Alternative Mobilität (u.a. E-Mobilität)

Die Zielsetzung wird wie folgt ergänzt:

Schaffung weiterer P&R-Plätze

Die Stadt verfügt aktuell über 1.039 Stellplätze an ausgewiesenen P&R-Plätzen. Eine Nutzungsanalyse soll die Belegung erfassen und daraus den Bedarf ermitteln. Kurzfristig wird eine Erweiterung der Kapazität des Standortes Rennbahnkreuz im Zuge der Deichbauarbeiten geprüft.

zu 4.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Beschlussvorlage „Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)“ (VII/2019/00405)
Vorlage: VII/2020/01103**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Beschlusspunkt 2 wird wie folgt geändert:
Der Stadtrat nimmt die Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis und ~~beschließt die Umsetzung der enthaltenen Maßnahmen~~ **beauftragt die Stadtverwaltung, die Ergebnisse des Stadtklimaprojekts Halle (Saale) umfassend in die Fortschreibung des integrierten**

kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale) einzuarbeiten. Das dahingehend überarbeitete Konzept wird dem Stadtrat im November 2020 zur Information vorgelegt.

2. Nach Beschlusspunkt 2 wird folgender Beschlusspunkt 3 neu eingefügt. Die Nummerierung der folgenden Punkte wird entsprechend angepasst.

3. Der Maßnahmenkatalog der Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale) wird überarbeitet und um folgende Maßnahmen ergänzt:

- a) Interkommunale Kooperation (Handlungsfeld Umstellungsstrukturen)**
- b) Auflagen beim Verkauf städtischer Grundstücke (Handlungsfeld Stadtentwicklung)**
- c) Vorausschauende Bodenvorratspolitik (Handlungsfeld Stadtentwicklung)**
- d) Verstärkter Fokus auf Klimaschutz und besonders regionale Ernährung bei der Neuaufstellung des Landschafts- und Flächennutzungsplans der Stadt Halle (Saale) (Handlungsfeld Stadtentwicklung)**
- e) Solarpotenzialanalyse für das Stadtgebiet (Handlungsfeld Energieversorgung)**
- f) Potenzialanalyse für Kleinwindkraftanlagen für das Stadtgebiet (Handlungsfeld Energieversorgung)**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Umsetzung des Maßnahmenkatalogs (Stand: März 2020) fortzufahren. Dem Stadtrat wird in der Stadtratssitzung im November 2020 ein entsprechend überarbeiteter Maßnahmenkatalog zur Beschlussfassung vorgelegt.

3. Nach Beschlusspunkt 3 neu wird folgender Beschlusspunkt 4 neu eingefügt. Die Nummerierung der folgenden Punkte wird entsprechend angepasst.

4. Im Zuge der Überarbeitung des Maßnahmenkatalogs erfolgt eine zweistufige Bürgerbeteiligung.

Diese umfasst eine „Zukunftswerkstatt“, bei der der überarbeitete Entwurf des Maßnahmenkatalogs vorgestellt und diskutiert wird, sowie eine Online-Beteiligung auf der Plattform „Gestalte mit Halle!“.

Der Prozess der Bürgerbeteiligung wird durch eine breit angelegte und öffentlichkeitswirksame Kampagne begleitet.

zu 4.1.4 **Änderungsantrag der Stadträtinnen Dörte Jacobi und Hans-Dieter Sondermann (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage „Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)“ (VII/2019/00405)
Vorlage: VII/2020/01106**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Maßnahmenkatalog der Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale) wird überarbeitet und um folgende Maßnahme ergänzt:

Einführung der SK-Maut (Handlungsfeld Verkehr)

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der CDU Fraktion zur Erschließung von Badestellen an Flussufern Vorlage: VII/2019/00450

Herr **Scholtyssek** warb um Zustimmung.

Herr **Aldag** sagte, dass der Antrag in dieser Form für seine Fraktion so nicht zustimmungsfähig ist. Erschlug vor, den Antrag zu vertagen und überarbeiten zu lassen.

Herr **Paulsen** sprach sich gegen eine Vertagung aus.

Herr **Seilkopf** bot eine Zusammenarbeit zur Überarbeitung des Antrages an.

Herr **Aldag** kündigte einen Änderungsantrag seiner Fraktion bis zur nächsten Stadtratssitzung an.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und Herr **Raue** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.1 Antrag der CDU Fraktion zur Erschließung von Badestellen an Flussufern Vorlage: VII/2019/00450

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wo sich konkrete ~~potenzielle Badestellen~~ **öffentliche Anlagen wie Uferböschungen nebst Wiesen** entlang der Saale und der Weißen Elster befinden ~~und Flussbaden ermöglicht werden kann.~~

Umwelt- und Naturschutzverbände, **Wasserrettungs- und Nothilfeorganisationen** sowie anliegende Vereine und Stadtteilinitiativen, wie zum Beispiel der Saaleschwimmer Halle e.V. und das Forum Silberhöhe, sollen bei der Prüfung mit eingebunden ~~und um Vorschläge gebeten werden. Mögliche Badestellen sind durch Wasserrettungsdienste, wie zum Beispiel des DRK Wasserrettungsdienst Halle/Saale e. V., zu bewerten.~~

**zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Reduzierung von Wahlplakaten
Vorlage: VII/2020/00775**

Frau Krischok brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Jacobi nahm Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung. Sie sagte, dass die Kontrolle einer solchen Maßnahme wie beispielsweise im Saalekreis mit Stickern durchgeführt werden kann.

Herr Aldag fragte, ob der Prüfauftrag mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht bereits erfüllt ist.

Frau Krischok sagte, dass die Ergebnisse der Stellungnahme aus 2007 stammen. Sie bat um eine aktuelle Prüfung. Des Weiteren bat sie um eine Konkretisierung, weshalb die Verwaltung die Maßnahme ablehnt.

Herr Paulsen sagte, dass die Verwaltung erneut geprüft habe, aber keine Veränderung in der aktuellen Rechtsprechung festgestellt wurde und demnach eine solche Maßnahme nicht möglich ist. Er führte aus, dass eine pauschale Reduzierung von Wahlplakaten rechtlich nicht zulässig ist.

Herr Raue sagte, dass er den Prüfauftrag auch als erledigt sieht.

Frau Krischok stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: **mehrheitlich zugestimmt**

**zu 5.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Reduzierung von Wahlplakaten
Vorlage: VII/2020/00775**

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob eine Höchstzahl von 500 Plakaten pro Wahlvorschlagsträger*in, die an den Lichtmasten der Stadt Halle (Saale) im Vorfeld von Wahlen (6 Wochen) angebracht werden dürfen, in die Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle Saale) (Sondernutzungssatzung) aufgenommen werden kann.

Der Stadtrat ist im Februar 2020 über das Prüfergebnis zu informieren.

**zu 5.3 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Aufhebung des Baubeschlusses Fluthilfemaßnahme Peißnitz Nordspitze
Vorlage: VII/2020/00795**

Herr Aldag bracht den Antrag ein und begründete diesen.

Frau Krimmling-Schoeffler ergänzte die Begründung und warb um Zustimmung.

Herr Seilkopf sprach sich für den Antrag aus.

Frau Jacobi sprach sich ebenfalls für den Antrag aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrags.

**zu 5.3 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Aufhebung des Baubeschlusses Fluthilfemaßnahme Peißnitz Nordspitze
Vorlage: VII/2020/00795**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt nach Änderungen

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat hebt den am 21.03.2019 gefassten „Baubeschluss Peißnitz Nordspitze, Fluthilfemaßnahme 190“ (Beschluss des Ausschusses für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben zur Beschlussvorlage VI/2018/04603) auf.
2. Die Stadt Halle (Saale) verzichtet auf die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 190 für die Peißnitz Nordspitze.
3. Eine ursprünglich als Kompensation des Eingriffs „Wegesanie rung“ vorgesehene Auf forstung im Bereich Nordspitze auf 1.200 m² Aue waldränder bzw. Waldsäume mit Sämlingen wird unabhängig vom Verzicht auf die Fluthilfemaßnahme realisiert.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten Landschafts schutzgebiet "Seebener Berge und Feldflur"
Vorlage: VII/2020/00793**

Herr Aldag brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Ruhl-Herpertz sagte, dass der Antrag formal rechtswidrig ist und verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Aldag sagte, dass nach Aussage von Herrn Schreyer ein Beschluss von der Verwaltung zur Kenntnis genommen wird.

Herr Doege nahm Bezug auf den Landschaftsrahmenplan Teil 1, Seite 73. Er fragte, ob das Ringeln der Robinien mit den Positionen der antragstellenden Fraktion vereinbar ist.

Herr Aldag antwortete, dass bei überschneidenden Schutzkategorien die Herausnahme eines Schutzzweiges zum Schutze eines anderen zulässig ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten Landschaftsschutzgebiet "Seebener Berge und Feldflur"
Vorlage: VII/2020/00793

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat Halle (Saale) empfiehlt der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde entsprechend des Vorschlages in der 1. Teilfortschreibung des Landschaftsrahmenplanes für die Stadt Halle (Saale) aus dem Jahr 2013, die erforderlichen Schritte zur Festsetzung des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Seebener Berge und Feldflur“ einzuleiten.

zu 5.5 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Auflösung des „Reil78“
Vorlage: VII/2020/00800

Herr Raue stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Es gab keine Wortmeldung und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag:

mehrheitlich zugestimmt

zu 5.5 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Auflösung des „Reil78“
Vorlage: VII/2020/00800

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt den Nutzungsvertrag mit dem Verein „KubultubuRebell e.V.“ über das sog. „Kulturobjekt Reil 78“ am Standort Reilstraße 78, schnellstmöglich aufzulösen, nötigenfalls zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen und durch eine wohnungswirtschaftliche Nutzung der Immobilie langfristig einen angemessenen Ertrag als Konsolidierungsbeitrag zum Haushalt der Stadt Halle zu erwirtschaften.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Herr Aldag nahm Bezug auf die 33 Baumfällungen in der Kastanienallee und fragte, weshalb es nur 13 Ersatzpflanzungen gab.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass dies zusätzlich zu den im B-Plan festgelegten Baum-pflanzungen ist.

Herr Aldag nahm Bezug auf seine Anfrage zur Schopenhauerstraße aus der letzten Sitzung und bat um eine schriftliche Beantwortung.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Meusel zu Baumfällungen in der Albrecht-Dürer-Straße

Frau Meusel stellte eine vorab schriftlich eingereichte mündliche Anfrage zu Baumfällungen in der Albrecht-Dürer-Straße:

Im Februar wurden neben dem Bauplatz der Dürerschule, auf dem die neue Kita gebaut wird, mehrere große Bäume gefällt. Sie standen am Rande der Fläche, die bisher gesperrt war.

Dazu frage ich die Stadtverwaltung:

1. Wie viele Bäume wurden gefällt?
2. Welche Baumarten wurden gefällt – und waren die Fällungen daher genehmigungspflichtig? Falls ja: Was war der konkrete Genehmigungsgrund?
3. Gab es mit Blick auf den Kita-Bau auch andere Lösungsvorschläge, die eine Fällung hätten verhindern können? Wenn ja: Warum wurden diese Lösungsvorschläge verworfen?
4. Im Falle der Ersatzpflicht: Wann sollen wo die Ersatzpflanzungen in welchem Umfang vorgenommen werden? Welche Baumarten werden nachgepflanzt?

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass alle hier genannten Baumfällungen genehmigungspflichtig waren. Zu den Fällungen führte sie aus, dass die gefällten Bäume zwei Kastanien, eine Esche, eine Birke und vier Spitzahorne umfassen. Die Fällungen waren notwendig, da es sich um ein altbergbaulich belastetes Gebiet handelt und ein Geogitter in ein Meter Tiefe verbaut werden muss. Bezüglich der Ersatzpflanzungen antwortete sie, dass auf dem Gelände Eiche, Linde, Weide, Spitz- und Feldahorn sowie Wildapfel gepflanzt werden sollen.

zu 8.2 Frau Jacobi zu Ordnung und Sicherheit

Frau Jacobi merkte an, dass in den Medien vermehrt über Einschüchterungsversuche und Morddrohungen gegen politische Aktivisten berichtet wurde. Sie fragte, ob die Verwaltung anstrebt, Maßnahmen gegen diese Drohungen zu ergreifen.

Herr Paulsen antwortete, dass dies in die Zuständigkeit der Polizei fällt.

zu 8.3 Herr Doege zum Robert-Franz-Ring

Herr Doege merkte an, dass es wegen der Baumaßnahme am Robert-Franz-Ring in der Einbahnstraße zu Gegenverkehr kommt. Er fragte, ob es Alternativen bei der Umleitung des Straßenverkehrs gibt.

Herr Paulsen antwortete, dass eine Prüfung ergeben hat, dass keine alternative Lösung möglich ist. Er bat darum, Verkehrsverstöße der Polizei anzuzeigen.

zu 8.4 Herr Doege zur Lärmbelästigung B80

Herr Doege fragte, ob die Möglichkeit besteht, durch Temporeduzierung die Lärmbelästigung entlang der B80 zu reduzieren.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.5 Herr Breitengraser zum Lärmschutz bei öffentlichen Veranstaltungen

Herr Breitengraser fragte, wer für die Kontrolle des Lärmschutzes bei Veranstaltungen im Freien zuständig ist.

Frau Ruhl-Herpertz antwortete, dass die untere Emissionsschutzbehörde zuständig ist.

zu 8.6 Herr Breitengraser zu Grenzwerten von Lärmschutz

Herr Breitengraser fragte, wie hoch der vorgegebene Grenzwert von Schallemissionen bei den sogenannten Montagsdemonstrationen ist.

Herr Paulsen antwortete, dass dies Festlegungen der Polizei als Versammlungsbehörde sind.

Herr Breitengraser fragte, wer für die Kontrolle des Lärmschutzes zuständig ist.

Herr Paulsen antwortete, dass Versammlungen vollumfänglich in die Zuständigkeit der Polizei fallen.

zu 8.7 Herr Breitengraser zum Rosenmontagsumzug

Herr Breitengraser merkte an, dass beim diesjährigen Rosenmontagsumzug eine Verschmutzung des Marktplatzes durch Einwegbecher aus Plastik entstanden ist. Er fragte, ob es Vorkehrungen der Verwaltung gab, um dies zu vermeiden.

Herr Paulsen antwortete, dass der Rosenmontagsumzug eine private Veranstaltung ist und für die Durchführung und eventuelle Verwendung von Einwegbechern aus Plastik der Veranstalter verantwortlich ist.

zu 8.8 Herr Aldag zum Konfetti

Herr Aldag sagte, dass ein Beschluss gefasst wurde, mit dem Veranstalter über die Vermeidung von Plastik-Konfetti zu reden. Er fragte, ob im selben Zug über die Vermeidung von Plastik-Einwegbecher gesprochen werden kann.

Herr Paulsen sicherte eine Prüfung zu.

zu 8.9 Herr Aldag zu Baumfällungen am Gimritzer Damm

Herr Aldag nahm Bezug auf das nach außen nicht einheitliche Auftreten der Stadt Halle (Saale) und der zuständigen Landesbehörde bei den Baumfällungen. Er fragte nach den Ursachen und ob sich dies vermeiden lässt. Des Weiteren fragte er, für wann und wo die Ersatz- bzw. Ausgleichsmaßnahmen geplant sind.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.10 Frau Jacobi zum Rosenmontagsumzug

Frau Jacobi fragte, in welcher Höhe Reinigungs- und Müllbeseitigungskosten beim Rosenmontagsumzug entstanden sind und wer die Kosten trägt.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.11 Herr Raue zur Heidestraße

Herr Raue berichtete, dass das Durchfahren von LKWs in der Heidestraße Ecke Waidmannsweg zu starken Erschütterungen bei den anliegenden Grundstücken führt. Er fragte, ob die Einrichtung einer Tempo-30-Zone oder eine Einebnung der Straße möglich ist.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.12 Herr Raue zur Müllbeseitigung am Sportplatz

Herr Raue sagte, dass sich neben dem Sportplatz des Nietlebener SV „Askania“ weggeworfene Flaschen häufen. Er fragte, ob eine Beseitigung erfolgt.

Frau Ruhl-Herpertz sicherte eine Weitergabe an die Umweltkontrolle zu.

zu 8.13 Frau Krischok zum Frühjahrsmarkt

Frau Krischok fragte, wie viele Bewerbungen für den Frühjahrsmarkt eingegangen sind und ob gegebenenfalls weitere Betreiber angeworben werden müssen.

Herr Paulsen sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.14 Frau Krischok zur Marktsatzung

Frau Krischok fragte, warum die im kommenden Stadtrat zu beschließende Marktsatzung in den Ausschüssen nicht vorberaten wird.

Herr Paulsen antwortete, dass aufgrund der geringen Änderungen weitere Beratungen nicht notwendig sind.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Doege zur Ampelschaltung an der Leipziger Straße

Herr Doege sagte, dass die Ampel am Leipziger Turm morgens ab 5 Uhr den Fahrradverkehr nur ungenügend berücksichtigt. Er regte an, die Ampelschaltung überprüfen zu lassen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen

zu 9.2 Herr Aldag zum Grünschnitt

Herr Aldag regte an, den Verjüngungsschnitt an Sträuchern stafflungsweise vorzunehmen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.3 Herr Aldag zur Baumschutzkommission

Herr Aldag regte an, dass den Protokollen der Baumschutzkommission, die unter anderem unter „Bauminspektionen 2020“ auf halle.de zu finden sind, mit einer Karte unterlegt werden. Des Weiteren regte er an, die Ergebnisse der Baumschutzkommission den Gremien zur Beschließung von Bauplänen als Empfehlung mitzugeben.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.4 Frau Krischok zur Baumschutzsatzung

Frau Krischok regte eine Aktualisierung der Liste zu Baumnaturdenkmäler, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile und flächenhafte Naturdenkmale an.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.5 Frau Jacobi zur klimaaktiven Kommune

Frau Jacobi regte eine Teilnahme der Stadt Halle (Saale) beim Wettbewerb „klimaaktive Kommune“ an.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.6 Frau Meusel zur öffentlichen Toilette am Ammendorfer Friedhof

Frau Meusel merkte an, dass die Toilette bisher nur auf Anfrage aufgeschlossen wird. Sie regte an, die Toilette mit Hinweis auf den Ansprechpartner und zur Wegfindung auszuschildern.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Raue beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin